Deutscher Bundestag **Drucksache 16/9059**

16. Wahlperiode 06. 05. 2008

Gesetzentwurf

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund 2008/2009 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2008/2009 – BBVAnpG 2008/2009)

A. Problem und Ziel

Nach § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes und § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes sind die Bezüge der Beamten und Richter des Bundes sowie der Soldaten und der Versorgungsempfänger des Bundes regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen. Die Bezüge sind zuletzt zum 1. August 2004 linear um 1 Prozent (Versorgungsempfänger um 0,46 Prozent) angehoben worden. Seit den Jahren 2004 und 2006 leisten die Bezügeempfänger des Bundes wichtige Beiträge zur notwendigen Konsolidierung des Bundeshaushalts, etwa durch die Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzungen der jährlichen Sonderzahlung. Letzteres allein hat bei den Aktiven in der letzten Stufe eine Reduzierung der Jahresgehälter um 2,5 Prozent bewirkt.

B. Lösung

Mit dem Gesetzentwurf werden die Dienst- und Versorgungsbezüge für die Beamten und Richter des Bundes, die Soldaten sowie die Versorgungsempfänger des Bundes an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes vom 31. März 2008 angepasst.

1. Anhebung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2008 und 2009 in drei Schritten:
   - Erhöhung der Grundgehaltssätze um einen Sockelbetrag in Höhe von 50 Euro ab 1. Januar 2008,
   - auf dieser Grundlage zusätzlich lineare Erhöhung um 3,1 Prozent ebenfalls ab 1. Januar 2008 und
   - weitere lineare Erhöhung um 2,8 Prozent ab 1. Januar 2009.

   Durch die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme sowohl des Sockelbetrages wie auch der beiden prozentualen linearen Erhöhungen für die Jahre 2008 und 2009 werden die Dienstbezüge mit gleicher Wirkung wie im Tarifbereich erhöht.

   Die Anpassung der Versorgungsbezüge erfolgt unter Anwendung der mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 eingeführten schrittweisen Abflachung des Versorgungsniveaus. Damit ist der sog. Riester-Faktor aus der

gesetzlichen Rentenversicherung wirkungsgleich in der Versorgung nachvollzogen worden. Die vorgesehenen drei Versorgungsanpassungen werden dementsprechend um insgesamt 1,62 Prozentpunkte vermindert. Anders als im Rentenrecht wird die Anwendung dieses Faktors in den Jahren 2008 und 2009 nicht ausgesetzt. Die Hälfte der dadurch verminderten Versorgungsanpassungen wird der seit 1998 bestehenden Versorgungsrücklage zugeführt.

2. Für die Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen erfolgt ergänzend eine Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro im Januar 2009. Für Versorgungsempfänger gilt dies im Rahmen der jeweiligen Ruhegehalts- und Anteilssätze.

3. Inhalts- und zeitgleiche Übernahme der Tarifvereinbarung zum Tarifgebiet Ost:

   - Anhebung der Bezüge nach der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung für die Bezügeempfänger der Besoldungsgruppen A 10 und höher zum 1. April 2008 auf das Westniveau. Für Bezügeempfänger der Besoldungsgruppen A 2 bis A 9 ist die Angleichung bereits zum 1. Januar 2008 erfolgt.

   - Anhebung der Anwärterbezüge auf das Westniveau entsprechend den Bezügeempfängern der Besoldungsgruppen A 2 bis A 9 zum 1. Januar 2008.

4. Wirkungsgleiche Erhöhung der Anwärterbezüge entsprechend dem Tarifabschluss unter Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede zwischen den tariflichen Ausbildungsentgelten und den beamtenrechtlichen Anwärterbezügen durch

   - Erhöhung des Anwärtergrundbetrages um einen Sockelbetrag in Höhe von 20 Euro ab 1. Januar 2008 und

   - Übernahme der linearen Erhöhungen wie für die Empfänger von Dienstbezügen.

5. Anpassung der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung an die neue Höhe der Orientierungsgröße gemäß § 11 des Abgeordnetengesetzes. Die Erhöhung erfolgt jeweils um ein Jahr verzögert zum 1. Januar 2009 und 1. Januar 2010. Die Anwendung des Kürzungsfaktors gemäß § 25b des Abgeordnetengesetzes wird nicht ausgesetzt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Für den Bereich des Bundes (ohne Post und Bahn) ergeben sich folgende finanzielle Mehrbelastungen:

Haushaltsjahr 2008	795 Mio. Euro
Haushaltsjahr 2009	1 362 Mio. Euro
Haushaltsjahr 2010 ff.	1 258 Mio. Euro p. a. (berechnet wie 2009 ohne Einmalzahlung).

Der Versorgungsrücklage des Bundes werden dabei durch die weiteren drei Abflachungsschritte bis zum Jahresende 2009 zusätzlich rund 64 Mio. Euro zugeführt. Unabhängig davon sind aufgrund der Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetze 1999 und 2000 weitere Zuführungen zu leisten. Die seiner-

zeit vorgenommenen Verminderungen von insgesamt 0,6 Prozentpunkten wirken fort.

Die im Haushaltsjahr 2008 anfallenden Mehrausgaben können nach derzeitiger Einschätzung – auch unter Einbeziehung der finanziellen Mehrbelastungen aus dem Tarifabschluss für das laufende Jahr – unter Berücksichtigung der im Haushaltsplan 2008 im Einzelplan 60 etatisierten Personalverstärkungsmittel und gegebenen Deckungsmöglichkeiten aus den zur Verfügung stehenden Haushaltsansätzen erwirtschaftet werden.

Die finanziellen Mehrbelastungen für das Haushaltsjahr 2009 und die folgenden Haushaltsjahre werden im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts 2009 und der Fortschreibung des Finanzplans 2008 bis 2012 zu berücksichtigen sein.

2. Vollzugsaufwand

Neuer Vollzugsaufwand entsteht nicht.

3. Sonstige Kosten

Die vorgesehenen Einkommensanhebungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Zusätzliche Kosten für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, entstehen nicht.

Durch das Gesetz werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund 2008/2009 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2008/2009 – BBVAnpG 2008/2009)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. März 2008 (BGBl. I S. 493), wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird die Angabe zum 9. Abschnitt wie folgt gefasst:

   „9. Abschnitt: Übergangs- und Schlussvorschriften 71 bis 86“.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

      „(1) Dieses Gesetz regelt die Besoldung der

      1. Beamten des Bundes; ausgenommen sind Ehrenbeamte,
      2. Richter des Bundes; ausgenommen sind ehrenamtliche Richter,
      3. Berufsoldaten und Soldaten auf Zeit.“

   b) Absatz 4 wird aufgehoben.

   c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4.

3. § 14 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

      „(2) Ab 1. Januar 2008 erhöhen sich

      1. die Grundgehaltssätze um jeweils 50 Euro und
      2. die Anwärtergrundbeträge um jeweils 20 Euro sowie
      3. um 3,1 vom Hundert
         a) die nach Nummer 1 erhöhten Grundgehaltssätze,
         b) der Familienzuschlag mit Ausnahme der in Anlage V genannten Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
         c) die Amtszulagen sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B,
         d) die nach Nummer 2 erhöhten Anwärtergrundbeträge und
         e) der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag.

      Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX in der ab dem 1. Januar 2008 geltenden Fassung.“

   b) Die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.

4. § 84 wird wie folgt gefasst:

   „§ 84

   Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht

   (1) Die Anpassung nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

   (2) Die Anpassung nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 gilt entsprechend für

   1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
   2. die Amtszulagen in Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
   3. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2b der Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,
   4. die Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590).“

5. Nach § 85 wird folgender § 86 angefügt:

   „§ 86

   Anwendungsbereich in den Ländern

   Für die Beamten und Richter der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gilt das Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung, soweit nichts anderes bestimmt ist.“

6. In § 48 Abs. 1 Satz 1 und § 73 Satz 1 werden die Wörter „mit Zustimmung des Bundesrates“ gestrichen.

7. Die Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX erhalten die aus den Anhängen 1 bis 13 dieses Gesetzes ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Weitere Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 1 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. § 14 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

   „(2) Um 2,8 vom Hundert werden ab 1. Januar 2009 erhöht

   1. die Grundgehaltssätze,
   2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der in Anlage V genannten Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
   3. die Amtszulagen sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B,
   4. die Anwärtergrundbeträge,
   5. der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag.

   Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX in der ab dem 1. Januar 2009 geltenden Fassung."

2. § 84 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird aufgehoben.

   b) In Absatz 2 werden die Absatzbezeichnung „(2)" gestrichen und die Angabe „§ 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3" durch die Angabe „§ 14 Abs. 2" ersetzt.

3. § 85 wird wie folgt gefasst:

   „§ 85

   Einmalige Zahlung im Jahr 2009

   (1) Beamte, Richter und Soldaten erhalten mit den Dienstbezügen für den Monat Januar 2009 eine einmalige Zahlung in Höhe von 225 Euro, wenn sie an mindestens einem Tag dieses Monats Anspruch auf Dienstbezüge haben.

   (2) § 6 Abs. 1 und § 72a Abs. 1 Satz 1 gelten entsprechend. Maßgebend sind die am 1. Januar 2009 geltenden Verhältnisse.

   (3) Die Zahlung bleibt bei sonstigen Besoldungsleistungen unberücksichtigt. Sie ist bei der Bemessung des Altersteilzeitzuschlags nach der Altersteilzeitzuschlagsverordnung zu berücksichtigen.

   (4) Die Zahlung wird jedem Berechtigten nur einmal gewährt. Der Zahlung stehen gleich die dem Absatz 1 entsprechenden Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst des Bundes."

4. Die Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX erhalten die aus den Anhängen 14 bis 26 dieses Gesetzes ersichtliche Fassung.

Artikel 3

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), zuletzt geändert durch § 22 Abs. 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2861), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Wörter „in Bund und Ländern" durch die Wörter „des Bundes" ersetzt.

2. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

   a) Die Angaben zu den §§ 72 bis 76 werden wie folgt gefasst:

      „§§ 72 bis 76 (weggefallen)".

   b) Die Angabe zu § 108 wird wie folgt gefasst:

      „§ 108 Anwendungsbereich in den Ländern".

3. § 1 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

      „(1) Dieses Gesetz regelt die Versorgung der Beamten des Bundes."

   b) In Absatz 2 werden die Wörter „und der Länder" gestrichen.

4. § 71 wird wie folgt gefasst:

   „§ 71

   Erhöhung der Versorgungsbezüge

   (1) Bei Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) sowie in § 84 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes genannten Grundgehaltssätze, Grundgehälter und Grundvergütungen. Satz 1 gilt entsprechend für Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1.

   (2) Bei Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) genannten Bezügebestandteile sowie für die in § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe c und § 84 Abs. 2 Nr. 3 und 4 des Bundesbesoldungsgesetzes aufgeführten Stellenzulagen und Bezüge. Satz 1 gilt entsprechend für Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1.

   (3) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden entsprechend Absatz 1 erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Satz 1 gilt entsprechend für Hinterbliebene eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers.

   (4) Die in Absatz 3 Satz 1 genannten Versorgungsbezüge werden ab 1. Januar 2008 um 3,0 vom Hundert

erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Satz 1 gilt entsprechend für

1. Hinterbliebene eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
3. den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. Januar 2008 um 49,19 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b der Bundesbesoldungsordnungen A und B bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

(6) Für die Anpassung nach den Absätzen 1 und 3 und die weitere Anpassung nach den Absätzen 2 und 4 erfolgt die Verminderung nach § 69e Abs. 3 mit dem fünften Anpassungsfaktor."

5. Die §§ 72 und 73 werden aufgehoben.
6. § 107a wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 werden die Absatzbezeichnung „(1)" und die Wörter „mit Zustimmung des Bundesrates" gestrichen.
   b) Absatz 2 wird aufgehoben.
7. § 108 wird wie folgt gefasst:

„§ 108

Anwendungsbereich in den Ländern

(1) Für die Beamten der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gilt das Beamtenversorgungsgesetz in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung, soweit es nicht durch Landesrecht ersetzt wurde.

(2) Nach Maßgabe des Deutschen Richtergesetzes ist auf die Versorgung der Richter der Länder das Beamtenversorgungsgesetz in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung entsprechend anzuwenden, soweit nichts anderes bestimmt ist."

Artikel 4
Weitere Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), zuletzt geändert durch Artikel 3 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
   a) Die Angabe zu den §§ 72 bis 76 wird wie folgt gefasst:

      „§ 72 Einmalige Zahlung im Jahr 2009".

   b) Nach der Angabe zu § 72 wird folgende Angabe eingefügt:

      „§§ 73 bis 76 (weggefallen)".
2. § 71 wird wie folgt gefasst:

„§ 71

Erhöhung der Versorgungsbezüge

(1) Bei Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 14 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) genannten Bezügebestandteile sowie für die in § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 84 Nr. 3 und 4 des Bundesbesoldungsgesetzes aufgeführten Stellenzulagen und Bezüge. Satz 1 gilt entsprechend für Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1.

(2) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Januar 2009 um 2,7 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Satz 1 gilt entsprechend für

1. Hinterbliebene eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
3. den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. Januar 2009 um 50,57 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b der Bundesbesoldungsordnungen A und B bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat."

3. Nach § 71 wird folgender § 72 eingefügt:

„§ 72

Einmalige Zahlung im Jahr 2009

(1) Am 1. Januar 2009 vorhandene Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen erhalten eine einmalige Zahlung, die sich nach dem jeweils maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 225 Euro ergibt.

(2) Am 1. Januar 2009 vorhandene Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 71 Abs. 2 erhalten eine einmalige Zahlung in Höhe von 135 Euro. Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen erhalten 81 Euro, Empfänger von Vollwaisengeld 27 Euro und Empfänger von Halbwaisengeld 16 Euro.

(3) Zu den laufenden Versorgungsbezügen im Sinne der Absätze 1 und 2 gehören auch der Ausgleich und der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 3

und Artikel 3 § 3 Abs. 2 bis 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666). Bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz; Absatz 2 ist im Falle der Gewährung von Mindestversorgung nicht anzuwenden.

(4) Die einmaligen Zahlungen nach § 85 des Bundesbesoldungsgesetzes und nach den Absätzen 1 bis 3 werden nicht nebeneinander gewährt; dies gilt auch bei mehreren Ansprüchen nach einer dieser Rechtsnormen. Die einmalige Zahlung bleibt bei sonstigen Versorgungsleistungen unberücksichtigt.

(5) Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung bemisst sich die einmalige Zahlung nach dem Ruhegehalt; sie wird neben dem Ruhegehalt gezahlt.

(6) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung sind nicht anzuwenden.

(7) Im Sinne der Absätze 4 und 5 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes und § 53 Abs. 8) nach diesen Vorschriften gleich. Dem öffentlichen Dienst im Sinne des Satzes 1 steht der Dienst bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gleich.“

Artikel 5

Änderung des Gesetzes über die Nichtanpassung von Amtsgehalt und Ortszuschlag der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre in den Jahren 1992 bis 1994

In § 1 des Gesetzes über die Nichtanpassung von Amtsgehalt und Ortszuschlag der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre in den Jahren 1992 bis 1994 vom 26. März 1993 (BGBl. I S. 390), das zuletzt durch Artikel 12 Abs. 6 des Gesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322) geändert worden ist, wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Für Empfänger von Versorgungsbezügen aus einem derartigen Amtsverhältnis erfolgt die Verminderung nach § 69e Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes am 1. Januar 2008 mit dem fünften Anpassungsfaktor.“

Artikel 6

Änderung des Soldatengesetzes

In § 30 Abs. 2 Satz 1 des Soldatengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I S. 1482), das zuletzt durch … [den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wehrrechtlicher und anderer Vorschriften, Bundestagsdrucksache 16/7955] geändert worden ist, wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „(Grundbetrag, Familienzuschlag)“ die Angabe „sowie Einmalzahlungen im Rahmen von Besoldungsanpassungen nach dem Bundesbesoldungsgesetz“ eingefügt.

Artikel 7

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

§ 89b des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 2002 (BGBl. I S. 1258, 1909), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 89b

Auf die Versorgungsbezüge der Berufssoldaten, der Soldaten auf Zeit und ihrer Hinterbliebenen sind die §§ 70 und 71 des Beamtenversorgungsgesetzes entsprechend anzuwenden.“

Artikel 8

Weitere Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

In § 89b des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 2002 (BGBl. I S. 1258, 1909), das zuletzt durch Artikel 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird die Angabe „§§ 70 und 71“ durch die Angabe „§§ 70 bis 72“ ersetzt.

Artikel 9

Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte

Die Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden nach dem Wort „Mehrarbeit“ die Wörter „an Beamte des Bundes“ eingefügt.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 werden
      aa) die Angabe „9,96 Euro“ durch die Angabe „10,27 Euro“,
      bb) die Angabe „11,77 Euro“ durch die Angabe „12,13 Euro“,
      cc) die Angabe „16,15 Euro“ durch die Angabe „16,65 Euro“ und
      dd) die Angabe „22,27 Euro“ durch die Angabe „22,96 Euro“

      ersetzt.
   b) In Absatz 3 werden
      aa) die Angabe „15,03 Euro“ durch die Angabe „15,50 Euro“,

bb) die Angabe „18,62 Euro“ durch die Angabe „19,20 Euro“,

cc) die Angabe „22,11 Euro“ durch die Angabe „22,80 Euro“ und

dd) die Angabe „25,83 Euro“ jeweils durch die Angabe „26,63 Euro“

ersetzt.

Artikel 10

Weitere Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte

§ 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), die zuletzt durch Artikel 9 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden

   a) die Angabe „10,27 Euro“ durch die Angabe „10,56 Euro“,

   b) die Angabe „12,13 Euro“ durch die Angabe „12,47 Euro“,

   c) die Angabe „16,65 Euro“ durch die Angabe „17,12 Euro“ und

   d) die Angabe „22,96 Euro“ durch die Angabe „23,60 Euro“

   ersetzt.

2. In Absatz 3 werden

   a) die Angabe „15,50 Euro“ durch die Angabe „15,93 Euro“,

   b) die Angabe „19,20 Euro“ durch die Angabe „19,74 Euro“,

   c) die Angabe „22,80 Euro“ durch die Angabe „23,44 Euro“ und

   d) die Angabe „26,63 Euro“ jeweils durch die Angabe „27,38 Euro“

   ersetzt.

Artikel 11

Änderung der Erschwerniszulagenverordnung

Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3497), zuletzt geändert durch Artikel 67 des Gesetzes vom 21. Juni 2005 (BGBl. I S. 1818), wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 1 wird die Angabe „2,72 Euro“ durch die Angabe „2,88 Euro“ ersetzt.

   b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

      aa) In Buchstabe a wird die Angabe „0,64 Euro“ durch die Angabe „0,68 Euro“ ersetzt.

      bb) In Buchstabe b wird die Angabe „1,28 Euro“ durch die Angabe „1,36 Euro“ ersetzt.

2. § 8 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 wird die Angabe „2,76 Euro“ durch die Angabe „3,09 Euro“ ersetzt.

   b) In Absatz 2 werden

      aa) die Angabe „11,45 Euro“ durch die Angabe „12,82 Euro“,

      bb) die Angabe „13,89 Euro“ durch die Angabe „15,56 Euro“,

      cc) die Angabe „17,26 Euro“ durch die Angabe „19,33 Euro“,

      dd) die Angabe „22,23 Euro“ durch die Angabe „24,90 Euro“ sowie

      ee) die Angabe „4,44 Euro“ durch die Angabe „4,97 Euro“

      ersetzt.

3. In § 17 wird die Angabe „1,29 Euro“ durch die Angabe „1,37 Euro“ ersetzt.

4. In § 23 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „586,47 Euro“ durch die Angabe „656,85 Euro“ ersetzt.

Artikel 12

Änderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung

Nach § 12 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. November 1997 (BGBl. I S. 2764), die zuletzt durch Artikel 350 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, wird folgender § 12a eingefügt:

„§ 12a

Anwendungsregelung für den Bund

(1) § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 sind für Beamte auf Widerruf des Bundes bis zum 31. Dezember 2007 anzuwenden.

(2) § 2 Abs. 1 ist auf Bundesbeamte der Besoldungsgruppen A 10 und höher, Soldaten der Besoldungsgruppen A 10 und höher sowie Bundesrichter bis zum 31. März 2008 anzuwenden.“

Artikel 13

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Das Abgeordnetengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Gesetz vom … (BGBl. I S. …), wird wie folgt geändert:

1. § 11 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

   „Die Abgeordnetenentschädigung beträgt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 7 946 Euro und vom 1. Januar 2010 8 159 Euro.“

2. In § 35a Abs. 2 Satz 3 werden nach der Angabe „6 411 Euro“ das Wort „und“ durch ein Komma und die Angabe „vom 1. Januar 2009 auf 6 555 Euro“ durch die Angabe

„vom 1. Januar 2009 auf 6 810 Euro und vom 1. Januar 2010 auf 7 001 Euro“ ersetzt.

3. In § 35b Abs. 2 Satz 2 werden das Wort „und“ durch ein Komma und die Angabe „mit Wirkung vom 1. Januar 2009 auf 7 335 Euro“ durch die Angabe „vom 1. Januar 2009 auf 7 614 Euro und vom 1. Januar 2010 auf 7 828 Euro“ ersetzt.

Artikel 14

Neufassungen

(1) Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes, des Beamtenversorgungsgesetzes, der Erschwerniszulagenverordnung und der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der vom 1. Januar 2009 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

(2) Das Bundesministerium der Verteidigung kann den Wortlaut des Soldatenversorgungsgesetzes in der vom 1. Januar 2009 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 15

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in Kraft, soweit Absatz 2 nichts anderes bestimmt.

(2) Die Artikel 2, 4, 6, 8, 10, 11, 13 und 14 treten am 1. Januar 2009 in Kraft.

Anhang 1 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008

Anlage IV

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besol-dungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1571,85	1608,56	1645,28	1681,99	1718,71	1755,44	1792,17					
A 3	1635,26	1674,32	1713,39	1752,45	1791,54	1830,61	1869,69					
A 4	1671,22	1717,24	1763,22	1809,23	1855,22	1901,23	1947,21					
A 5	1684,31	1743,21	1788,98	1834,73	1880,50	1926,26	1972,02	2017,79				
A 6	1722,98	1773,23	1823,48	1873,72	1923,96	1974,21	2024,47	2074,71	2124,95			
A 7	1796,44	1841,59	1904,82	1968,04	2031,27	2094,50	2157,74	2202,88	2248,03	2293,21		
A 8		1905,75	1959,77	2040,79	2121,82	2202,83	2283,88	2337,90	2391,90	2445,93	2499,94	
A 9		2027,04	2080,20	2166,67	2253,14	2339,62	2426,10	2485,53	2545,00	2604,44	2663,90	
A 10		2180,15	2254,01	2364,79	2475,61	2586,40	2697,20	2771,06	2844,92	2918,77	2992,63	
A 11			2505,27	2618,79	2732,31	2845,85	2959,38	3035,07	3110,74	3186,45	3262,14	3337,81
A 12			2690,42	2825,78	2961,11	3096,47	3231,82	3322,06	3412,28	3502,51	3592,77	3682,99
A 13			3021,82	3167,98	3314,15	3460,30	3606,46	3703,90	3801,34	3898,78	3996,23	4093,67
A 14			3142,91	3332,46	3521,99	3711,52	3901,06	4027,41	4153,76	4280,12	4406,48	4532,84
A 15						4076,34	4284,72	4451,44	4618,14	4784,85	4951,56	5118,27
A 16						4496,80	4737,80	4930,61	5123,43	5316,22	5509,02	5701,83

2. Bundesbesoldungsordnung B

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 1	5118,27
B 2	5945,77
B 3	6296,08
B 4	6662,99
B 5	7083,95
B 6	7481,46
B 7	7868,15
B 8	8271,18
B 9	8771,58
B 10	10325,56
B 11	10726,07

3. Bundesbesoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	W 1	W 2	W 3
	3562,46	4062,17	4921,59

4. Bundesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besol-dungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3241,40	3387,57	3464,52	3663,00	3861,49	4059,96	4258,46	4456,95	4655,43	4853,93	5052,41	5250,90
R 2			3939,65	4138,14	4336,61	4535,11	4733,60	4932,09	5130,58	5329,04	5527,54	5726,00

R 3	6296,08
R 4	6662,99
R 5	7083,95
R 6	7481,46
R 7	7868,15
R 8	8271,18
R 9	8771,58
R 10	10768,57

Anhang 2 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008

Anlage V

F a m i l i e n z u s c h l a g
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	**Stufe 2** (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	103,36	196,20
übrige Besoldungsgruppen	108,54	201,38

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 92,84 € ,für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 237,73 € .

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro, in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 96,07 €
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 101,99 €

Anhang 3 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008

(Anlage VIa des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	904,87	1067,90	1233,12	1397,24	1562,46	1727,67	1890,71	2057,02	2218,96	2384,71	2549,39	2712,96
A 9	1064,07	1240,78	1416,38	1593,08	1770,89	1947,05	2123,77	2301,01	2477,17	2653,89	2830,04	3006,75
A 10	1200,84	1386,29	1569,03	1752,84	1936,10	2120,48	2303,74	2487,02	2669,73	2853,01	3037,38	3220,66
A 11	1307,52	1500,08	1691,02	1882,50	2073,97	2264,91	2456,93	2648,40	2840,43	3031,36	3222,84	3413,78
A 12	1455,78	1658,74	1861,15	2064,68	2267,09	2471,15	2673,57	2877,08	3079,49	3283,01	3486,52	3689,50
A 13 und C 1	1600,76	1812,48	2022,54	2233,72	2444,34	2655,53	2866,71	3077,32	3289,04	3499,10	3710,84	3921,46
A 14	1748,46	1966,75	2185,03	2403,87	2622,15	2840,97	3059,27	3277,00	3495,28	3714,12	3931,84	4149,59
A 15, C 2 und R 1	1953,62	2189,41	2425,21	2660,98	2896,78	3133,12	3368,36	3605,24	3841,04	4077,38	4313,17	4548,96
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2064,11	2311,96	2559,78	2807,06	3055,98	3302,72	3550,54	3798,37	4046,19	4294,57	4541,85	4789,13
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	2064,11	2320,71	2580,02	2839,33	3098,66	3359,06	3618,38	3878,24	4137,55	4397,42	4656,74	4916,06
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2273,12	2560,87	2848,64	3135,87	3423,61	3711,37	3998,60	4285,82	4574,12	4860,79	5148,01	5436,88
B 8 und höher, R 8 und höher	2435,06	2760,01	3083,89	3408,85	3733,27	4058,23	4383,74	4708,15	5033,14	5357,54	5682,50	6006,93

Anhang 4 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008 (Anlage VIb des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	769,74	908,14	1047,64	1187,70	1328,86	1468,36	1607,32	1747,93	1886,32	2027,46	2166,98	2305,93
A 9	903,77	1054,76	1203,58	1354,03	1506,11	1655,46	1805,90	1956,35	2105,70	2256,15	2405,50	2554,86
A 10	1020,85	1178,96	1334,33	1490,24	1646,71	1802,08	1958,54	2114,46	2268,74	2425,21	2582,21	2737,57
A 11	1111,67	1274,69	1437,17	1600,20	1763,23	1926,27	2088,74	2251,78	2413,72	2576,19	2739,78	2901,16
A 12	1236,40	1409,83	1582,14	1754,47	1927,91	2100,23	2272,03	2444,89	2618,31	2790,65	2963,53	3135,87
A 13 und C 1	1361,13	1540,57	1718,91	1898,90	2077,81	2257,25	2436,69	2615,59	2796,12	2974,47	3153,91	3333,35
A 14	1486,41	1671,88	1856,78	2043,90	2228,80	2414,26	2599,17	2785,18	2971,19	3156,64	3342,10	3527,01
A 15, C 2 und R 1	1660,38	1860,60	2060,86	2262,17	2463,50	2662,63	2862,86	3064,73	3265,52	3465,74	3665,98	3867,29
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1753,94	1964,56	2175,18	2386,36	2596,44	2807,06	3018,23	3228,31	3439,49	3651,20	3860,74	4071,35
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1753,94	1972,77	2193,25	2413,72	2633,64	2854,66	3075,67	3296,15	3516,63	3737,09	3957,57	4178,06
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1932,83	2176,28	2420,82	2665,37	2909,92	3154,46	3399,00	3643,54	3887,54	4132,63	4376,07	4621,18
B 8 und höher, R 8 und höher	2069,61	2345,89	2622,15	2897,87	3174,70	3449,33	3725,61	4001,33	4277,60	4553,33	4829,61	5105,89

Anhang 5 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008 (Anlage VIc des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	634,07	747,31	863,83	978,18	1094,15	1209,04	1323,93	1439,90	1553,70	1669,67	1784,57	1899,46
A 9	744,59	867,66	991,31	1114,40	1240,23	1363,32	1486,96	1610,61	1734,25	1856,78	1980,97	2104,62
A 10	841,41	970,51	1098,52	1227,65	1355,66	1484,78	1612,78	1740,80	1869,92	1997,39	2125,41	2255,05
A 11	915,81	1049,31	1183,89	1317,91	1452,48	1585,43	1719,47	1853,50	1988,08	2121,02	2256,15	2389,64
A 12	1018,67	1160,90	1302,60	1445,93	1587,07	1729,32	1872,10	2013,24	2155,49	2298,28	2440,51	2583,30
A 13 und C 1	1120,42	1268,13	1415,28	1563,01	1711,26	1858,42	2006,14	2153,85	2302,11	2449,26	2597,52	2744,70
A 14	1224,35	1376,99	1529,08	1681,72	1835,99	1988,63	2141,26	2293,89	2446,53	2599,17	2751,81	2905,00
A 15, C 2 und R 1	1367,16	1531,83	1697,59	1863,35	2028,03	2193,78	2358,46	2523,68	2688,90	2854,12	3019,32	3184,00
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1444,83	1618,26	1791,14	1964,56	2139,08	2312,50	2484,82	2658,80	2832,23	3006,75	3179,61	3352,51
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1444,83	1623,72	1805,90	1987,53	2169,16	2351,89	2532,42	2713,51	2895,69	3077,86	3258,95	3441,13
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1591,45	1792,23	1994,10	2195,43	2396,20	2597,52	2799,39	3000,18	3202,06	3402,28	3604,16	3806,02
B 8 und höher, R 8 und höher	1704,14	1931,73	2158,78	2386,36	2613,95	2841,53	3068,57	3296,15	3522,64	3750,23	3977,80	4204,84

Anhang 6 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008 (Anlage VId des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

> Unterkunft und Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	443,69	523,55	603,99	684,94	765,91	846,34	926,21	1008,26	1087,06	1169,11	1248,97	1329,95
A 9	520,82	607,25	693,70	780,13	867,66	954,10	1041,09	1127,53	1213,43	1299,86	1387,40	1472,20
A 10	589,21	679,46	769,21	858,92	949,18	1039,45	1129,73	1219,44	1308,62	1397,79	1488,04	1577,78
A 11	640,08	735,28	828,27	922,38	1015,94	1110,02	1203,58	1297,67	1391,77	1485,32	1578,87	1672,43
A 12	712,84	812,42	913,07	1011,56	1111,11	1210,14	1310,25	1409,83	1509,39	1608,42	1707,96	1807,55
A 13 und C 1	783,96	887,36	990,76	1094,71	1197,56	1300,96	1404,91	1508,30	1611,70	1715,09	1818,49	1921,89
A 14	857,27	963,95	1070,63	1178,40	1285,09	1392,32	1498,99	1605,68	1712,36	1819,59	1926,82	2033,48
A 15, C 2 und R 1	957,39	1072,82	1188,25	1303,70	1419,12	1534,00	1651,08	1767,06	1881,95	1997,93	2113,36	2229,33
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1011,56	1133,00	1253,90	1374,81	1497,36	1618,26	1739,71	1861,15	1983,16	2104,62	2225,52	2346,42
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1011,56	1136,82	1264,30	1391,77	1518,14	1645,05	1773,64	1900,00	2027,46	2153,85	2282,42	2409,34
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1113,86	1254,46	1395,60	1536,75	1677,34	1818,49	1959,63	2100,23	2241,37	2381,97	2523,13	2663,18
B 8 und höher, R 8 und höher	1193,18	1351,83	1511,58	1670,22	1829,44	1988,63	2147,83	2306,49	2466,79	2624,88	2784,08	2943,83

Anhang 7 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008 (Anlage VIe des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

> Unterkunft oder Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	538,87	635,16	734,18	831,01	929,48	1027,42	1125,89	1224,35	1320,66	1419,12	1516,50	1614,97
A 9	632,96	738,00	843,04	948,10	1054,23	1158,16	1264,30	1368,80	1473,84	1578,87	1683,37	1788,40
A 10	714,48	824,45	933,31	1043,28	1152,15	1262,11	1370,44	1479,85	1588,16	1697,59	1807,55	1916,42
A 11	777,95	892,28	1006,63	1120,42	1233,66	1347,46	1462,33	1575,58	1689,93	1803,72	1917,52	2031,32
A 12	866,03	986,94	1107,84	1228,20	1348,54	1469,45	1590,92	1711,26	1833,26	1953,62	2073,97	2195,43
A 13 und C 1	952,47	1078,30	1203,02	1329,41	1454,68	1579,41	1705,24	1831,07	1956,90	2082,19	2208,01	2333,29
A 14	1040,55	1171,30	1299,86	1430,07	1559,72	1690,47	1819,59	1949,23	2079,45	2209,65	2338,76	2470,05
A 15, C 2 und R 1	1161,99	1302,03	1442,64	1583,24	1724,40	1864,44	2004,50	2145,11	2285,71	2425,75	2566,34	2706,40
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1228,20	1374,81	1523,08	1670,22	1817,94	1965,11	2112,82	2259,99	2407,69	2554,86	2702,57	2849,74
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1228,20	1380,83	1534,00	1689,93	1843,64	1999,02	2152,75	2307,03	2462,40	2616,14	2770,41	2924,69
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1352,37	1523,62	1694,85	1866,10	2036,24	2208,56	2379,25	2550,48	2720,61	2892,42	3063,63	3234,87
B 8 und höher, R 8 und höher	1449,75	1641,79	1835,99	2028,56	2221,69	2414,80	2608,46	2801,59	2993,61	3187,30	3380,39	3574,61

Anhang 8 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008 (Anlage VIf des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1002,80	1172,94	1341,44	1512,13	1678,98	1849,13	2019,28	2189,41	2358,46	2526,96	2696,00	2866,71
A 9	1174,57	1355,66	1538,92	1718,91	1900,57	2081,64	2262,72	2445,43	2626,52	2807,61	2990,33	3171,96
A 10	1328,31	1517,04	1705,24	1892,89	2081,08	2269,84	2458,01	2646,76	2836,05	3023,16	3211,91	3400,65
A 11	1445,93	1642,88	1840,92	2037,86	2235,91	2433,95	2630,91	2828,39	3026,44	3223,94	3421,97	3618,93
A 12	1607,32	1816,30	2024,73	2233,18	2441,61	2650,04	2858,49	3067,46	3275,91	3484,34	3692,77	3901,21
A 13 und C 1	1768,15	1985,89	2203,08	2420,82	2639,10	2855,76	3073,49	3291,77	3510,05	3726,70	3944,43	4163,26
A 14	1930,64	2154,95	2380,34	2605,19	2830,58	3056,53	3280,83	3505,69	3729,98	3955,37	4179,68	4406,17
A 15, C 2 und R 1	2157,69	2402,77	2647,31	2891,85	3135,87	3380,39	3625,49	3870,03	4114,59	4358,57	4602,02	4848,21
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2288,43	2544,47	2801,59	3058,71	3313,65	3570,24	3825,71	4082,85	4338,88	4594,91	4852,05	5108,08
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	2288,97	2558,68	2827,85	3097,01	3366,18	3635,34	3905,04	4174,21	4443,37	4712,54	4982,26	5250,86
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2552,13	2848,10	3143,51	3440,03	3735,99	4031,96	4327,93	4624,46	4919,88	5216,39	5512,37	5808,89
B 8 und höher, R 8 und höher	2752,36	3086,62	3421,43	3756,24	4090,51	4424,23	4759,58	5093,32	5427,58	5762,92		

Anhang 9 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008 (Anlage VIg des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	861,10	1003,34	1147,76	1290,56	1434,45	1578,87	1721,66	1866,10	2009,97	2152,20	2297,18	2438,88
A 9	1005,52	1158,16	1315,74	1468,92	1622,63	1776,92	1930,64	2083,83	2238,11	2392,92	2546,64	2700,92
A 10	1137,38	1299,31	1459,61	1621,55	1782,38	1942,14	2103,52	2263,26	2425,75	2586,04	2746,34	2908,27
A 11	1240,78	1408,74	1576,68	1745,18	1913,13	2081,64	2249,59	2418,63	2586,59	2754,54	2923,04	3091,54
A 12	1380,28	1556,44	1733,68	1910,40	2087,65	2263,82	2441,07	2618,31	2795,57	2971,73	3148,44	3325,14
A 13 und C 1	1518,69	1703,60	1887,97	2072,88	2258,34	2442,71	2627,08	2811,43	2997,45	3181,80	3366,18	3551,09
A 14	1657,10	1846,93	2037,86	2229,33	2420,28	2611,21	2802,13	2991,97	3183,45	3374,93	3565,31	3756,79
A 15, C 2 und R 1	1852,96	2060,30	2267,09	2474,98	2682,88	2890,22	3097,01	3303,81	3512,24	3719,59	3926,92	4133,72
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1965,65	2183,40	2400,58	2618,31	2835,51	3053,24	3269,89	3487,63	3704,82	3922,56	4139,75	4356,94
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1970,57	2198,70	2427,39	2656,06	2884,20	3112,88	3341,56	3570,24	3798,37	4027,60	4256,27	4483,87
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2197,62	2448,73	2701,48	2952,58	3204,79	3455,36	3707,00	3958,66	4210,85	4462,52	4713,63	4965,84
B 8 und höher, R 8 und höher	2373,78	2657,16	2942,19	3225,03	3510,05	3793,44	4077,38	4361,31	4645,23	4928,63		

Anhang 10 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008 (Anlage VIh des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	720,50	840,31	956,84	1075,56	1193,18	1310,81	1428,96	1547,14	1665,85	1783,48	1901,10	2019,28
A 9	843,04	970,51	1098,52	1224,35	1352,37	1480,39	1607,85	1736,98	1865,00	1992,47	2120,48	2248,50
A 10	953,56	1084,30	1216,70	1346,36	1478,20	1609,51	1741,36	1873,18	2003,94	2136,34	2265,99	2397,30
A 11	1038,36	1178,40	1316,81	1455,78	1595,28	1733,68	1873,18	2011,06	2150,56	2289,53	2428,48	2567,98
A 12	1153,78	1300,40	1447,57	1593,64	1739,71	1885,78	2032,39	2177,91	2325,63	2471,71	2618,31	2763,83
A 13 und C 1	1271,41	1421,32	1573,40	1724,94	1876,48	2026,93	2177,37	2329,45	2480,46	2631,44	2782,99	2933,99
A 14	1388,49	1545,50	1701,42	1857,34	2014,35	2171,36	2328,36	2484,29	2641,84	2798,86	2954,77	3111,78
A 15, C 2 und R 1	1552,07	1723,84	1894,53	2065,78	2237,00	2408,79	2580,02	2751,25	2922,49	3093,73	3266,05	3436,76
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1647,81	1827,24	2006,14	2186,68	2365,58	2545,01	2725,54	2904,43	3083,89	3262,77	3443,86	3623,31
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1652,18	1840,92	2029,12	2217,31	2406,04	2594,25	2782,99	2971,19	3159,92	3348,12	3537,40	3725,06
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1846,39	2053,74	2259,99	2467,33	2673,57	2880,38	3086,62	3293,96	3500,20	3706,46	3913,81	4120,05
B 8 und höher, R 8 und höher	1997,39	2231,54	2467,33	2702,02	2936,16	3171,42	3406,10	3639,70	3875,50	4110,75		

Anhang 11 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008

(Anlage VIi des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs-gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16 B 1 bis B 11	130,75	149,91	169,59	187,64	207,89	227,05	245,64	264,79	283,93	303,63	322,78	340,28	130,75

Anhang 12 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008

Anlage VIII

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	751,61
A 5 bis A 8	863,63
A 9 bis A 11	913,71
A 12	1043,39
A 13	1072,89
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1105,29

Anhang 13 zu Artikel 1 Nr. 7 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2008 Anlage IX

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	102,26
§ 48 Abs. 2	bis zu	102,26
§ 78	bis zu	76,69
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Abs. 2		127,82
Nummer 4		51,13
Nummer 4a		76,69
Nummer 5		
Die Zulage beträgt für		
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6		35,79
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9		51,13
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes		76,69
Nummer 5a		
Abs. 1		
Buchstabe a		92,03
Buchstabe b		153,39
Buchstabe c		219,86
Abs. 2		
Nr. 1 Buchstabe a		138,05
Buchstabe b		102,26
Nr. 2 Buchstabe a		102,26
Buchstabe b		40,90
Nr. 3		66,47
Nr. 4 und 5		61,36
Nr. 6 Buchstabe a		102,26
Buchstabe b		102,26
Nr. 7 Buchstabe a		102,26
Buchstabe b		40,90
Nr. 8 Buchstabe a		127,82
Buchstabe b		66,47
Nr. 9		61,36
Nummer 6 Abs. 1		
Buchstabe a		460,16
Buchstabe b		368,13
Buchstabe c		294,50
Nummer 6 a		102,26

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 7	
Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
A 2 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, B 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4	B 3
B 5 bis B 7	B 6
B 8 bis B 10	B 9
B 11	B 11
Nummer 8	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	115,04
A 6 bis A 9	153,39
A 10 und höher	191,73
Nummer 8a	
die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	70,06
A 6 bis A 9	95,53
A 10 bis A 13	117,82
A 14 und höher	140,11
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	50,96
des gehobenen Dienstes	66,87
des höheren Dienstes	82,80
Nummer 8b	
die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	92,03
A 6 bis A 9	122,71
A 10 bis A 13	153,39
A 14 und höher	184,07
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		
Abs. 1		
Buchstabe a		102,26
Buchstabe b		204,52
Buchstabe c		153,39
Abs. 2		
Buchstabe a		40,90
Buchstabe b		51,13
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 12		95,53
Nummer 13a	bis zu	76,69
Nummer 13c		
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 7		46,02
A 8 bis A 11		61,36
A 12 bis A 15		71,58
A 16 und höher		92,03
Nummer 13d		
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 und A 3		12,78
A 4 bis A 6		17,90
A 7 bis A 10		35,79
A 11		40,90
A 12 bis A 15		48,57
A 16 bis B 4		58,80
B 5 bis B 7		71,58
Nummer 19 Satz 1		218,11
Nummer 21		182,98
Nummer 25		38,35
Nummer 26 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		17,05
des gehobenen Dienstes		38,35
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa		16,89
Doppelbuchstabe bb		66,07
Buchstabe b		73,43
Buchstabe c		73,43
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb		49,20
Buchstabe b und c		73,43
Nummer 30		23,01
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	31,54
	2	17,73
	3	58,17
A 3	1, 5	58,17
	2	31,54
	7	29,38
A 4	1, 4	58,17
	2	31,54
	5	6,33
A 5	3	31,54
	4, 6	58,17
A 6	6	31,54
A 7	2	39,16
	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 8	2	50,47
A 9	2, 3, 6	234,82
	7	8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8	136,39
A 13	6	109,08
	7	163,61
	11, 12, 13	238,64
A 14	5	163,61
A 15	7	163,61
B 10	1	378,07

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
V o r b e m e r k u n g e n		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs-gruppe *)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter-amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		38,35
B e s o l d u n g s g r u p p e n	F u ß n o t e	
R 1	1, 2	180,89
R 2	3 bis 8, 10	180,89
R 3	3	180,89
R 8	2	361,71

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Gültig ab 1. Januar 2009 Anlage IV

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besol-dungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1615,86	1653,60	1691,35	1729,09	1766,83	1804,59	1842,35					
A 3	1681,05	1721,20	1761,36	1801,52	1841,70	1881,87	1922,04					
A 4	1718,01	1765,32	1812,59	1859,89	1907,17	1954,46	2001,73					
A 5	1731,47	1792,02	1839,07	1886,10	1933,15	1980,20	2027,24	2074,29				
A 6	1771,22	1822,88	1874,54	1926,18	1977,83	2029,49	2081,16	2132,80	2184,45			
A 7	1846,74	1893,15	1958,15	2023,15	2088,15	2153,15	2218,16	2264,56	2310,97	2357,42		
A 8		1959,11	2014,64	2097,93	2181,23	2264,51	2347,83	2403,36	2458,87	2514,42	2569,94	
A 9		2083,80	2138,45	2227,34	2316,23	2405,13	2494,03	2555,12	2616,26	2677,36	2738,49	
A 10		2241,19	2317,12	2431,00	2544,93	2658,82	2772,72	2848,65	2924,58	3000,50	3076,42	
A 11			2575,42	2692,12	2808,81	2925,53	3042,24	3120,05	3197,84	3275,67	3353,48	3431,27
A 12			2765,75	2904,90	3044,02	3183,17	3322,31	3415,08	3507,82	3600,58	3693,37	3786,11
A 13			3106,43	3256,68	3406,95	3557,19	3707,44	3807,61	3907,78	4007,95	4108,12	4208,29
A 14			3230,91	3425,77	3620,61	3815,44	4010,29	4140,18	4270,07	4399,96	4529,86	4659,76
A 15						4190,48	4404,69	4576,08	4747,45	4918,83	5090,20	5261,58
A 16						4622,71	4870,46	5068,67	5266,89	5465,07	5663,27	5861,48

2. Bundesbesoldungsordnung B

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 1	5261,58
B 2	6112,25
B 3	6472,37
B 4	6849,55
B 5	7282,30
B 6	7690,94
B 7	8088,46
B 8	8502,77
B 9	9017,18
B 10	10614,68
B 11	11026,40

3. Bundesbesoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	W 1	W 2	W 3
	3662,21	4175,91	5059,39

4. Bundesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besol-dungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3332,16	3482,42	3561,53	3765,56	3969,61	4173,64	4377,70	4581,74	4785,78	4989,84	5193,88	5397,93
R 2			4049,96	4254,01	4458,04	4662,09	4866,14	5070,19	5274,24	5478,25	5682,31	5886,33

R 3	6472,37
R 4	6849,55
R 5	7282,30
R 6	7690,94
R 7	8088,46
R 8	8502,77
R 9	9017,18
R 10	11070,09

Anhang 15 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009

Anlage V

F a m i l i e n z u s c h l a g
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	**Stufe 2** (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	106,26	201,70
übrige Besoldungsgruppen	111,58	207,02

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 95,44 € ,für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 244,39 € .

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro, in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 98,76 €
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 104,85 €

Anhang 16 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 (Anlage VIa des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	930,21	1097,80	1267,65	1436,36	1606,21	1776,04	1943,65	2114,62	2281,09	2451,48	2620,77	2788,92
A 9	1093,86	1275,52	1456,04	1637,69	1820,47	2001,57	2183,24	2365,44	2546,53	2728,20	2909,28	3090,94
A 10	1234,46	1425,11	1612,96	1801,92	1990,31	2179,85	2368,24	2556,66	2744,48	2932,89	3122,43	3310,84
A 11	1344,13	1542,08	1738,37	1935,21	2132,04	2328,33	2525,72	2722,56	2919,96	3116,24	3313,08	3509,37
A 12	1496,54	1705,18	1913,26	2122,49	2330,57	2540,34	2748,43	2957,64	3165,72	3374,93	3584,14	3792,81
A 13 und C 1	1645,58	1863,23	2079,17	2296,26	2512,78	2729,88	2946,98	3163,48	3381,13	3597,07	3814,74	4031,26
A 14	1797,42	2021,82	2246,21	2471,18	2695,57	2920,52	3144,93	3368,76	3593,15	3818,12	4041,93	4265,78
A 15, C 2 und R 1	2008,32	2250,71	2493,12	2735,49	2977,89	3220,85	3462,67	3706,19	3948,59	4191,55	4433,94	4676,33
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2121,91	2376,69	2631,45	2885,66	3141,55	3395,20	3649,96	3904,72	4159,48	4414,82	4669,02	4923,23
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	2121,91	2385,69	2652,26	2918,83	3185,42	3453,11	3719,69	3986,83	4253,40	4520,55	4787,13	5053,71
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2336,77	2632,57	2928,40	3223,67	3519,47	3815,29	4110,56	4405,82	4702,20	4996,89	5292,15	5589,11
B 8 und höher, R 8 und höher	2503,24	2837,29	3170,24	3504,30	3837,80	4171,86	4506,48	4839,98	5174,07	5507,55	5841,61	6175,12

Anhang 17 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 (Anlage VIb des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	791,29	933,57	1076,97	1220,96	1366,07	1509,47	1652,32	1796,87	1939,14	2084,23	2227,66	2370,50
A 9	929,08	1084,29	1237,28	1391,94	1548,28	1701,81	1856,47	2011,13	2164,66	2319,32	2472,85	2626,40
A 10	1049,43	1211,97	1371,69	1531,97	1692,82	1852,54	2013,38	2173,66	2332,26	2493,12	2654,51	2814,22
A 11	1142,80	1310,38	1477,41	1645,01	1812,60	1980,21	2147,22	2314,83	2481,30	2648,32	2816,49	2982,39
A 12	1271,02	1449,31	1626,44	1803,60	1981,89	2159,04	2335,65	2513,35	2691,62	2868,79	3046,51	3223,67
A 13 und C 1	1399,24	1583,71	1767,04	1952,07	2135,99	2320,45	2504,92	2688,83	2874,41	3057,76	3242,22	3426,68
A 14	1528,03	1718,69	1908,77	2101,13	2291,21	2481,86	2671,95	2863,17	3054,38	3245,03	3435,68	3625,77
A 15, C 2 und R 1	1706,87	1912,70	2118,56	2325,51	2532,48	2737,18	2943,02	3150,54	3356,95	3562,78	3768,63	3975,57
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1803,05	2019,57	2236,09	2453,18	2669,14	2885,66	3102,74	3318,70	3535,80	3753,43	3968,84	4185,35
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1803,05	2028,01	2254,66	2481,30	2707,38	2934,59	3161,79	3388,44	3615,10	3841,73	4068,38	4295,05
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1986,95	2237,22	2488,60	2740,00	2991,40	3242,78	3494,17	3745,56	3996,39	4248,34	4498,60	4750,57
B 8 und höher, R 8 und höher	2127,56	2411,57	2695,57	2979,01	3263,59	3545,91	3829,93	4113,37	4397,37	4680,82	4964,84	5248,85

Anhang 18 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 (Anlage VIc des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	651,82	768,23	888,02	1005,57	1124,79	1242,89	1361,00	1480,22	1597,20	1716,42	1834,54	1952,64
A 9	765,44	891,95	1019,07	1145,60	1274,96	1401,49	1528,59	1655,71	1782,81	1908,77	2036,44	2163,55
A 10	864,97	997,68	1129,28	1262,02	1393,62	1526,35	1657,94	1789,54	1922,28	2053,32	2184,92	2318,19
A 11	941,45	1078,69	1217,04	1354,81	1493,15	1629,82	1767,62	1905,40	2043,75	2180,41	2319,32	2456,55
A 12	1047,19	1193,41	1339,07	1486,42	1631,51	1777,74	1924,52	2069,61	2215,84	2362,63	2508,84	2655,63
A 13 und C 1	1151,79	1303,64	1454,91	1606,77	1759,18	1910,46	2062,31	2214,16	2366,57	2517,84	2670,25	2821,55
A 14	1258,63	1415,55	1571,89	1728,81	1887,40	2044,31	2201,22	2358,12	2515,03	2671,95	2828,86	2986,34
A 15, C 2 und R 1	1405,44	1574,72	1745,12	1915,52	2084,81	2255,21	2424,50	2594,34	2764,19	2934,04	3103,86	3273,15
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1485,29	1663,57	1841,29	2019,57	2198,97	2377,25	2554,39	2733,25	2911,53	3090,94	3268,64	3446,38
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1485,29	1669,18	1856,47	2043,18	2229,90	2417,74	2603,33	2789,49	2976,77	3164,04	3350,20	3537,48
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1636,01	1842,41	2049,93	2256,90	2463,29	2670,25	2877,77	3084,19	3291,72	3497,54	3705,08	3912,59
B 8 und höher, R 8 und höher	1751,86	1985,82	2219,23	2453,18	2687,14	2921,09	3154,49	3388,44	3621,27	3855,24	4089,18	4322,58

Anhang 19 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 (Anlage VId des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

> Unterkunft und Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	456,11	538,21	620,90	704,12	787,36	870,04	952,14	1036,49	1117,50	1201,85	1283,94	1367,19
A 9	535,40	624,25	713,12	801,97	891,95	980,81	1070,24	1159,10	1247,41	1336,26	1426,25	1513,42
A 10	605,71	698,48	790,75	882,97	975,76	1068,55	1161,36	1253,58	1345,26	1436,93	1529,71	1621,96
A 11	658,00	755,87	851,46	948,21	1044,39	1141,10	1237,28	1334,00	1430,74	1526,91	1623,08	1719,26
A 12	732,80	835,17	938,64	1039,88	1142,22	1244,02	1346,94	1449,31	1551,65	1653,46	1755,78	1858,16
A 13 und C 1	805,91	912,21	1018,50	1125,36	1231,09	1337,39	1444,25	1550,53	1656,83	1763,11	1869,41	1975,70
A 14	881,27	990,94	1100,61	1211,40	1321,07	1431,30	1540,96	1650,64	1760,31	1870,54	1980,77	2090,42
A 15, C 2 und R 1	984,20	1102,86	1221,52	1340,20	1458,86	1576,95	1697,31	1816,54	1934,64	2053,87	2172,53	2291,75
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1039,88	1164,72	1289,01	1413,30	1539,29	1663,57	1788,42	1913,26	2038,69	2163,55	2287,83	2412,12
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1039,88	1168,65	1299,70	1430,74	1560,65	1691,11	1823,30	1953,20	2084,23	2214,16	2346,33	2476,80
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1145,05	1289,58	1434,68	1579,78	1724,31	1869,41	2014,50	2159,04	2304,13	2448,67	2593,78	2737,75
B 8 und höher, R 8 und höher	1226,59	1389,68	1553,90	1716,99	1880,66	2044,31	2207,97	2371,07	2535,86	2698,38	2862,03	3026,26

Anhang 20 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 (Anlage VIe des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

> Unterkunft oder Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	553,96	652,94	754,74	854,28	955,51	1056,19	1157,41	1258,63	1357,64	1458,86	1558,96	1660,19
A 9	650,68	758,66	866,65	974,65	1083,75	1190,59	1299,70	1407,13	1515,11	1623,08	1730,50	1838,48
A 10	734,49	847,53	959,44	1072,49	1184,41	1297,45	1408,81	1521,29	1632,63	1745,12	1858,16	1970,08
A 11	799,73	917,26	1034,82	1151,79	1268,20	1385,19	1503,28	1619,70	1737,25	1854,22	1971,21	2088,20
A 12	890,28	1014,57	1138,86	1262,59	1386,30	1510,59	1635,47	1759,18	1884,59	2008,32	2132,04	2256,90
A 13 und C 1	979,14	1108,49	1236,70	1366,63	1495,41	1623,63	1752,99	1882,34	2011,69	2140,49	2269,83	2398,62
A 14	1069,69	1204,10	1336,26	1470,11	1603,39	1737,80	1870,54	2003,81	2137,67	2271,52	2404,25	2539,21
A 15, C 2 und R 1	1194,53	1338,49	1483,03	1627,57	1772,68	1916,64	2060,63	2205,17	2349,71	2493,67	2638,20	2782,18
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1262,59	1413,30	1565,73	1716,99	1868,84	2020,13	2171,98	2323,27	2475,11	2626,40	2778,24	2929,53
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1262,59	1419,49	1576,95	1737,25	1895,26	2054,99	2213,03	2371,63	2531,35	2689,39	2847,98	3006,58
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1390,24	1566,28	1742,31	1918,35	2093,25	2270,40	2445,87	2621,89	2796,79	2973,41	3149,41	3325,45
B 8 und höher, R 8 und höher	1490,34	1687,76	1887,40	2085,36	2283,90	2482,41	2681,50	2880,03	3077,43	3276,54	3475,04	3674,70

Anhang 21 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 (Anlage VIf des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1030,88	1205,78	1379,00	1554,47	1725,99	1900,91	2075,82	2250,71	2424,50	2597,71	2771,49	2946,98
A 9	1207,46	1393,62	1582,01	1767,04	1953,79	2139,93	2326,08	2513,90	2700,06	2886,22	3074,06	3260,77
A 10	1365,50	1559,52	1752,99	1945,89	2139,35	2333,40	2526,83	2720,87	2915,46	3107,81	3301,84	3495,87
A 11	1486,42	1688,88	1892,47	2094,92	2298,52	2502,10	2704,58	2907,58	3111,18	3314,21	3517,79	3720,26
A 12	1652,32	1867,16	2081,42	2295,71	2509,98	2724,24	2938,53	3153,35	3367,64	3581,90	3796,17	4010,44
A 13 und C 1	1817,66	2041,49	2264,77	2488,60	2712,99	2935,72	3159,55	3383,94	3608,33	3831,05	4054,87	4279,83
A 14	1984,70	2215,29	2446,99	2678,14	2909,84	3142,11	3372,69	3603,85	3834,42	4066,12	4296,71	4529,54
A 15, C 2 und R 1	2218,11	2470,05	2721,43	2972,82	3223,67	3475,04	3727,00	3978,39	4229,80	4480,61	4730,88	4983,96
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2352,51	2615,72	2880,03	3144,35	3406,43	3670,21	3932,83	4197,17	4460,37	4723,57	4987,91	5251,11
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	2353,06	2630,32	2907,03	3183,73	3460,43	3737,13	4014,38	4291,09	4567,78	4844,49	5121,76	5397,88
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2623,59	2927,85	3231,53	3536,35	3840,60	4144,85	4449,11	4753,94	5057,64	5362,45	5666,72	5971,54
B 8 und höher, R 8 und höher	2829,43	3173,05	3517,23	3861,41	4205,04	4548,11	4892,85	5235,93	5579,55	5924,28		

Anhang 22 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 (Anlage VIg des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	885,21	1031,43	1179,90	1326,70	1474,61	1623,08	1769,87	1918,35	2066,25	2212,46	2361,50	2507,17
A 9	1033,67	1190,59	1352,58	1510,05	1668,06	1826,67	1984,70	2142,18	2300,78	2459,92	2617,95	2776,55
A 10	1169,23	1335,69	1500,48	1666,95	1832,29	1996,52	2162,42	2326,63	2493,67	2658,45	2823,24	2989,70
A 11	1275,52	1448,18	1620,83	1794,05	1966,70	2139,93	2312,58	2486,35	2659,01	2831,67	3004,89	3178,10
A 12	1418,93	1600,02	1782,22	1963,89	2146,10	2327,21	2509,42	2691,62	2873,85	3054,94	3236,60	3418,24
A 13 und C 1	1561,21	1751,30	1940,83	2130,92	2321,57	2511,11	2700,64	2890,15	3081,38	3270,89	3460,43	3650,52
A 14	1703,50	1898,64	2094,92	2291,75	2488,05	2684,32	2880,59	3075,75	3272,59	3469,43	3665,14	3861,98
A 15, C 2 und R 1	1904,84	2117,99	2330,57	2544,28	2758,00	2971,15	3183,73	3396,32	3610,58	3823,74	4036,87	4249,46
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2020,69	2244,54	2467,80	2691,62	2914,90	3138,73	3361,45	3585,28	3808,55	4032,39	4255,66	4478,93
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	2025,75	2260,26	2495,36	2730,43	2964,96	3200,04	3435,12	3670,21	3904,72	4140,37	4375,45	4609,42
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2259,15	2517,29	2777,12	3035,25	3294,52	3552,11	3810,80	4069,50	4328,75	4587,47	4845,61	5104,88
B 8 und höher, R 8 und höher	2440,25	2731,56	3024,57	3315,33	3608,33	3899,66	4191,55	4483,43	4775,30	5066,63		

Anhang 23 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 (Anlage VIh des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-	Stufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	740,67	863,84	983,63	1105,68	1226,59	1347,51	1468,97	1590,46	1712,49	1833,42	1954,33	2075,82
A 9	866,65	997,68	1129,28	1258,63	1390,24	1521,84	1652,87	1785,62	1917,22	2048,26	2179,85	2311,46
A 10	980,26	1114,66	1250,77	1384,06	1519,59	1654,58	1790,12	1925,63	2060,05	2196,16	2329,44	2464,42
A 11	1067,43	1211,40	1353,68	1496,54	1639,95	1782,22	1925,63	2067,37	2210,78	2353,64	2496,48	2639,88
A 12	1186,09	1336,81	1488,10	1638,26	1788,42	1938,58	2089,30	2238,89	2390,75	2540,92	2691,62	2841,22
A 13 und C 1	1307,01	1461,12	1617,46	1773,24	1929,02	2083,68	2238,34	2394,67	2549,91	2705,12	2860,91	3016,14
A 14	1427,37	1588,77	1749,06	1909,35	2070,75	2232,16	2393,55	2553,85	2715,81	2877,23	3037,50	3198,91
A 15, C 2 und R 1	1595,53	1772,11	1947,58	2123,62	2299,64	2476,24	2652,26	2828,29	3004,32	3180,35	3357,50	3532,99
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1693,95	1878,40	2062,31	2247,91	2431,82	2616,27	2801,86	2985,75	3170,24	3354,13	3540,29	3724,76
B 3. B 4, C 4, R 3 und R 4	1698,44	1892,47	2085,94	2279,39	2473,41	2666,89	2860,91	3054,38	3248,40	3441,87	3636,45	3829,36
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1898,09	2111,24	2323,27	2536,42	2748,43	2961,03	3173,05	3386,19	3598,21	3810,24	4023,40	4235,41
B 8 und höher, R 8 und höher	2053,32	2294,02	2536,42	2777,68	3018,37	3260,22	3501,47	3741,61	3984,01	4225,85		

Anhang 24 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 (Anlage VIi des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungsgruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1 Stufe des Auslandszuschlags												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16 B 1 bis B 11	134,41	154,11	174,34	192,89	213,71	233,41	252,52	272,20	291,88	312,13	331,82	349,81	134,41

Anhang 25 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009

Anlage VIII

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	772,66
A 5 bis A 8	887,81
A 9 bis A 11	939,29
A 12	1072,60
A 13	1102,93
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1136,24

Anhang 26 zu Artikel 2 Nr. 4 BBVAnpG 2008/2009

Gültig ab 1. Januar 2009 Anlage IX

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	102,26
§ 48 Abs. 2	bis zu	102,26
§ 78	bis zu	76,69
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
V o r b e m e r k u n g e n		
Nummer 2 Abs. 2		127,82
Nummer 4		51,13
Nummer 4a		76,69
Nummer 5		
Die Zulage beträgt für		
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6		35,79
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9		51,13
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes		76,69
Nummer 5a		
Abs. 1		
Buchstabe a		92,03
Buchstabe b		153,39
Buchstabe c		219,86
Abs. 2		
Nr. 1 Buchstabe a		138,05
Buchstabe b		102,26
Nr. 2 Buchstabe a		102,26
Buchstabe b		40,90
Nr. 3		66,47
Nr. 4 und 5		61,36
Nr. 6 Buchstabe a		102,26
Buchstabe b		102,26
Nr. 7 Buchstabe a		102,26
Buchstabe b		40,90
Nr. 8 Buchstabe a		127,82
Buchstabe b		66,47
Nr. 9		61,36
Nummer 6 Abs. 1		
Buchstabe a		460,16
Buchstabe b		368,13
Buchstabe c		294,50
Nummer 6 a		102,26

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 7	
Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
A 2 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, B 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4	B 3
B 5 bis B 7	B 6
B 8 bis B 10	B 9
B 11	B 11
Nummer 8	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	115,04
A 6 bis A 9	153,39
A 10 und höher	191,73
Nummer 8a	
die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	70,06
A 6 bis A 9	95,53
A 10 bis A 13	117,82
A 14 und höher	140,11
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	50,96
des gehobenen Dienstes	66,87
des höheren Dienstes	82,80
Nummer 8b	
die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	92,03
A 6 bis A 9	122,71
A 10 bis A 13	153,39
A 14 und höher	184,07
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		
Abs. 1		
Buchstabe a		102,26
Buchstabe b		204,52
Buchstabe c		153,39
Abs. 2		
Buchstabe a		40,90
Buchstabe b		51,13
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 12		95,53
Nummer 13a	bis zu	76,69
Nummer 13c		
Die Zulage beträgt		
für Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 7		46,02
A 8 bis A 11		61,36
A 12 bis A 15		71,58
A 16 und höher		92,03
Nummer 13d		
Die Zulage beträgt		
für Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 und A 3		12,78
A 4 bis A 6		17,90
A 7 bis A 10		35,79
A 11		40,90
A 12 bis A 15		48,57
A 16 bis B 4		58,80
B 5 bis B 7		71,58
Nummer 19 Satz 1		224,22
Nummer 21		188,10
Nummer 25		38,35
Nummer 26 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		17,05
des gehobenen Dienstes		38,35

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa		17,36
Doppelbuchstabe bb		67,92
Buchstabe b		75,49
Buchstabe c		75,49
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb		50,58
Buchstabe b und c		75,49
Nummer 30		23,01
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	32,42
	2	17,73
	3	59,80
A 3	1, 5	59,80
	2	32,42
	7	30,20
A 4	1, 4	59,80
	2	32,42
	5	6,51
A 5	3	32,42
	4, 6	59,80
A 6	6	32,42
A 7	2	40,26
	5 50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8	
A 8	2	51,88
A 9	2, 3, 6	241,39
	7 8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9	
A 12	7, 8	140,21
A 13	6	112,13
	7	168,19
	11, 12, 13	245,32
A 14	5	168,19
A 15	7	168,19
B 10	1	388,66

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		38,35
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	185,95
R 2	3 bis 8, 10	185,95
R 3	3	185,95
R 8	2	371,84

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Berlin, den 6. Mai 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion

Dr. Peter Struck und Fraktion

Begründung

I. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt zum 1. August 2004 durch das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798) linear um 1 Prozent (Versorgungsempfänger um 0,46 Prozent) angepasst worden. Aufgrund von Rechtsänderungen in den Jahren 2004 und 2006 haben die Bezügeempfänger des Bundes wichtige Beiträge zur notwendigen Konsolidierung des Bundeshaushalts geleistet, etwa durch die Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzungen der jährlichen Sonderzahlung. Letzteres allein hat bei den Aktiven in der letzten Stufe eine Reduzierung der Jahresgehälter um 2,5 Prozent bewirkt.

Entsprechend dem gesetzlichen Auftrag nach § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes und § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes, die Besoldung und Versorgung regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen, sieht der Gesetzentwurf die Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes vom 31. März 2008 vor.

Dazu soll das Tarifergebnis vom 31. März 2008 in seinen drei Schritten in den Jahren 2008 und 2009 zeit- und inhaltsgleich übertragen werden. Entsprechend der für den Tarifbereich Bund vereinbarten drei Erhöhungen werden in zwei Schritten zum 1. Januar 2008 zunächst die Grundgehaltssätze um einen Sockelbetrag in Höhe von 50 Euro erhöht; anschließend erfolgt eine lineare Bezügeerhöhung um 3,1 Prozent.

In einem weiteren Schritt werden die Bezüge nochmals linear zum 1. Januar 2009 um 2,8 Prozent angehoben.

Die Erhöhung der Grundgehaltssätze durch den einheitlichen Sockelbetrag von 50 Euro entspricht im Durchschnitt einer linearen Erhöhung des Grundgehaltes in Höhe von rund 1,8 Prozent. Bis zur Besoldungsgruppe A 9 erfolgt damit eine Anhebung des Grundgehaltes, die über diesem Durchschnittswert liegt. Wegen der besonderen Personalstruktur im Bund vor allem mit Blick auf die Soldaten stellt das eine besondere soziale Komponente dar. Der Sockelbetrag erhöht ausschließlich die am Amt ausgerichtete Alimentation und wird dadurch nur beim Grundgehalt berücksichtigt. Für die Versorgungsempfänger des Bundes wirkt der Sockelbetrag von 50 Euro über die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge wie in der Besoldung und führt in der Versorgung je nach Besoldungsgruppe zu einer prozentual unterschiedlich hohen Anpassung.

Die Anpassung der Versorgungsbezüge erfolgt unter Anwendung der bereits mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 eingeführten schrittweisen Verminderungen, mit denen der für die gesetzliche Rentenversicherung eingeführte sog. Riester-Faktor in der Beamtenversorgung nachvollzogen wird (§ 69e des Beamtenversorgungsgesetzes). Danach wird das Versorgungsniveau ab dem Jahr 2003 in insgesamt acht gleichen Schritten von jeweils rund 0,54 Prozent um insgesamt 4,33 Prozent abgesenkt. Die jeweilige Absenkung erfolgt dadurch, dass die sich nach einem Anpassungsschritt ergebenden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und im letzten Schritt der Ruhegehaltssatz mit dem in § 69e des Beamtenversorgungsgesetzes festgeschriebenen Faktor multipliziert werden.

Bisher hat es drei Anpassungen gegeben, die im Versorgungsbereich jeweils durch einen Abflachungsfaktor vermindert worden sind. Anders als im Rentenrecht wird die Anwendung des Abflachungsfaktors bei der Anpassung für die Jahre 2008 und 2009 nicht ausgesetzt.

Aufgrund des Gesetzentwurfs kommt für jede der in den Jahren 2008 und 2009 vorgesehenen drei Erhöhungen (Erhöhung des Grundgehaltes um einen Sockel zum 1. Januar 2008, lineare Bezügeerhöhungen zum 1. Januar 2008 sowie zum 1. Januar 2009) ein versorgungsrechtlicher Abflachungsfaktor zur Anwendung. Bereits nach geltendem Versorgungsrecht (§ 70 Abs. 2 des Beamtenversorgungsgesetzes) gelten sowohl jede Änderung der Grundgehaltssätze als auch jede Erhöhung der Dienstbezüge um feste Beträge als eine allgemeine Anpassung, die eine Abflachung nach § 69e des Beamtenversorgungsgesetzes auslöst. In Konkretisierung dieser gesetzlichen Systematik des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 überträgt der Gesetzentwurf trotz ihres zeitlichen Zusammentreffens die Sockelerhöhung und die sich anschließende lineare Erhöhung jeweils vermindert. Der Gesetzentwurf bestimmt hierzu, dass die Verminderung für diese beiden Erhöhungsschritte zum 1. Januar 2008 mit dem fünften Faktor vorgenommen wird. Damit wird im Ergebnis für jede der beiden Erhöhungen eine Abflachung vorgenommen. Die Zusammenfassung durch unmittelbare Heranziehung des fünften Faktors erleichtert zudem die zahlungstechnische Umsetzung. Für die lineare Erhöhung zum 1. Januar 2009 kommt – dies folgt bereits unmittelbar aus geltendem Versorgungsrecht – der sechste Faktor zur Anwendung. Insgesamt erfolgt damit eine Abflachung um 1,62 Prozentpunkte. Mit dieser Abflachung wird die Strategie zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierungsgrundlagen der Beamtenversorgung fortgesetzt. Das Versorgungsänderungsgesetz 2001 bestimmt, dass die Hälfte der durch die Ausgabenminderung in der Versorgung eingesparten Mittel der Versorgungsrücklage zugeführt wird. Dementsprechend wird die Rücklage des Bundes mit rund 64 Mio. Euro für die Jahre 2008 und 2009 weiter verstärkt.

Zusätzlich zu den linearen Anpassungen erhalten die Empfänger von Dienstbezügen im Januar 2009 eine einmalige Zahlung in Höhe von 225 Euro. Für Versorgungsempfänger gilt dies im Rahmen der jeweiligen Ruhegehalts- und Anteilssätze.

Die Amts- und Versorgungsbezüge für die obersten staatlichen Leitungsfunktionen (hierzu gehören u. a. die Mitglieder der Bundesregierung und die Staatssekretäre) sind zuletzt vor sechs Jahren erhöht worden. Die letzte Anpassung erfolgte zum 1. Januar 2002 durch das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2000 vom 19. April 2001 (BGBl. I S. 618). Von den Bezügeanpassungen der Jahre 2003 und 2004 wurde dieser Personenkreis ausgenom-

men. Von den Kürzungen der Jahresbezüge zur Haushaltskonsolidierung aufgrund der Rechtsänderungen in den Jahren 2004 und 2006 war dieser Personenkreis dagegen betroffen. Für die Mitglieder der Bundesregierung summieren sich die seit den Neunzigerjahren erfolgten Einschnitte und der vollständige Verzicht auf die Sonderzahlung auf eine Kürzung der Amts- und Versorgungsbezüge um 16 Prozent.

Aufgrund geltenden Rechts nehmen die Mitglieder der Bundesregierung an der allgemeinen prozentualen Anpassung der Besoldung der Bundesbeamten der Besoldungsgruppe B 11 teil, nicht jedoch an einer Erhöhung der Grundgehaltssätze um feste Beträge und an Einmalzahlungen. Diese Systematik ändert das Gesetz nicht. Dementsprechend werden die Mitglieder der Bundesregierung in die allgemeine lineare Bezügeanpassung der Jahre 2008 und 2009 einbezogen, sie erhalten jedoch nicht den Sockelbetrag von 50 Euro und die Einmalzahlung von 225 Euro. Obwohl die Mitglieder der Bundesregierung den Sockelbetrag nicht erhalten, kommen für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung im Ergebnis drei Abflachungsfaktoren zur Anwendung.

Im Bereich der Ostbesoldung wird das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst vom 31. März 2008 wie folgt übertragen:

- Anhebung der Bezüge nach der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung für die Bezügeempfänger der Besoldungsgruppen A 10 und höher auf das Westniveau ab dem 1. April 2008.

  Für Bezügeempfänger der Besoldungsgruppen A 2 bis A 9 ist die Bezügeangleichung aufgrund geltenden Rechts bereits zum 1. Januar 2008 erfolgt.

- Anhebung der Bezüge der Anwärter auf das Westniveau entsprechend den Bezügeempfängern der Besoldungsgruppen A 2 bis A 9 zum 1. Januar 2008.

Für die Anpassung der Bezüge der Anwärter des Bundes sieht der Gesetzentwurf entsprechend der Anpassung für die Empfänger von Dienstbezügen die Anhebung der Anwärterbezüge in drei Schritten vor. Zunächst werden in zwei Schritten zum 1. Januar 2008 die Anwärtergrundbeträge um einen Sockelbetrag in Höhe von 20 Euro erhöht und anschließend wie die Dienstbezüge linear um 3,1 Prozent angehoben. In einem weiteren Schritt werden die Anwärtergrundbeträge ab 1. Januar 2009 nochmals um 2,8 Prozent angehoben.

Die gegenüber dem Tarifabschluss vom 31. März 2008 abweichende Erhöhung der Anwärterbezüge erfolgt, um die strukturellen Unterschiede zwischen dem tariflichen Ausbildungsentgelt und den beamtenrechtlichen Anwärterbezügen zu berücksichtigen. Auszubildende erhalten ein einheitliches Ausbildungsentgelt, das nach Lehrjahren gestuft ist. Demgegenüber sind die beamtenrechtlichen Anwärterbezüge an das Laufbahnsystem und das Eingangsamt geknüpft, in das die Anwärter nach dem Vorbereitungsdienst eintreten. Der Gesetzentwurf stellt sicher, dass eine annähernd gleiche prozentuale Erhöhung der Anwärtergrundbeträge erfolgt. In der nominalen Gesamtentwicklung werden dadurch die Anwärtergrundbeträge entsprechend dem Tarifergebnis erhöht.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die nach der föderalen Neuordnung der dienstrechtlichen Regelungskompetenzen nach Artikel 125a Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes als Bundesrecht fortgeltenden besoldungs- und versorgungsrechtlichen Regelungen ausschließlich mit Wirkung für die Beamten und Richter des Bundes sowie die Soldaten und die Versorgungsempfänger des Bundes geändert. Der Gesetzentwurf enthält hierzu im Hinblick auf den Geltungsbereich des Bundesbesoldungsgesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes sowie für die Änderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung und der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte eine entsprechende Klarstellung.

Als Orientierungsgröße für die Höhe der Entschädigung für Mitglieder des Deutschen Bundestages sind die monatlichen Bezüge eines Richters bei einem obersten Gerichtshof des Bundes (Besoldungsgruppe R 6) und die eines kommunalen Wahlbeamten auf Zeit (Besoldungsgruppe B 6) in § 11 Abs. 1 Satz 1 des Abgeordnetengesetzes festgeschrieben. Mit der Anhebung der Dienst- und Versorgungsbezüge im Bund 2008/2009 sind daher die Abgeordnetenentschädigung an die neue Höhe der Orientierungsgröße R 6/B 6 und in der Folge auch die Abgeordnetenversorgung anzupassen. Dies erfolgt unter folgenden Maßgaben:

- Die Abgeordnetenentschädigung wird inhaltsgleich an die jeweils neue Höhe der Besoldungsgruppen R 6 bzw. B 6 angeglichen. Dies erfolgt jedoch um ein Jahr zeitversetzt zum 1. Januar 2009 und zum 1. Januar 2010. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages nehmen ebenso wie die Mitglieder der Bundesregierung an der für Januar 2009 nach dem neuen Dienst- und Besoldungsrecht vorgesehenen einmaligen Zahlung in Höhe von 225 Euro nicht teil.

- Bei der Anpassung der Abgeordnetenversorgung ist die in § 25b Abs. 3 und 4 des Abgeordnetengesetzes geregelte schrittweise Verminderung des Bemessungssatzes zu berücksichtigen, die bereits mit dem 24. Änderungsgesetz vom 21. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3590) eingeführt wurde. Diese Regelung ist aufgrund des 27. Änderungsgesetzes vom 22. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3212) bereits in einem ersten Schritt zum 1. Januar 2008 und in einem zweiten Schritt zum 1. Januar 2009 beschlossen und zur Anwendung gebracht. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird das Versorgungsniveau aufgrund der Anpassungen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010 in einem dritten und vierten Schritt erneut jeweils um den Faktor 0,5 abgeflacht. Aus Gründen des Vertrauensschutzes darf eine Absenkung nach § 25b Abs. 3 und 4 des Abgeordnetengesetzes im Einzelfall bei den vor dem 1. Januar 2008 ausgeschiedenen Mitgliedern des Deutschen Bundestages nicht zu einer Reduzierung des bis zu diesem Zeitpunkt gewährten Zahlbetrags führen. Unberührt hiervon bleiben Kürzungen der Versorgung aufgrund von Anrechnungsvorschriften.

II. Gesetzgebungskompetenzen

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 73 Nr. 8 des Grundgesetzes für die Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen und nach Artikel 73 Nr. 1 des Grundgesetzes für die Regelung der Dienstverhältnisse in den Streitkräften.

III. Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung

Der Gesetzentwurf hat keine erkennbaren gleichstellungspolitischen Auswirkungen. Die Regelungen sind geschlechtsneutral ausgestaltet. Die gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter an den finanziellen Verbesserungen ist gewährleistet.

IV. Bürokratiekosten

Durch das Gesetz werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

V. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1 (Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis)

Redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 2 (§ 1)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Durch die Aufhebung des Artikels 74a des Grundgesetzes durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) ist die bisherige konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten sowie der Richter der Länder entfallen. Die Änderung des persönlichen Anwendungsbereichs durch die Streichung der Beamten der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts einschließlich der Richter der Länder vollzieht dies nach. Vom neuen Geltungsbereich erfasst werden nur noch Beamte des Bundes, Richter des Bundes und Soldaten.

Zu Buchstabe b (Absatz 4 – alt –)

Folgeänderung zur Kompetenzverlagerung durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034).

Zu Buchstabe c (Absatz. 4 – neu –)

Folgeänderung zur Aufhebung von Absatz 4.

Zu Nummer 3 (§ 14)

Zu Buchstabe a (Absatz Abs. 2)

In Umsetzung des Tarifabschlusses vom 31. März 2008 erhöhen sich die Bezüge zum 1. Januar 2008 in zwei Schritten.

Satz 1 Nr. 1 bestimmt die Erhöhung der Grundgehaltssätze um einen Sockelbetrag in Höhe von 50 Euro. Der Sockelbetrag erhöht ausschließlich die am Amt ausgerichtete Alimentation; er wird dementsprechend nur beim Grundgehalt berücksichtigt. Je nach Besoldungsgruppe führt der einheitliche Sockelbetrag von 50 Euro zu einer unterschiedlich hohen Anpassung der Grundgehaltssätze (im Durchschnitt entspricht das Volumen des Sockelbetrages einer linearen Erhöhung des Grundgehaltes in Höhe von rund 1,8 Prozent).

Nach Satz 1 Nr. 3 werden ebenfalls zum 1. Januar 2008 die Beträge der in der Anlage IV ausgewiesenen Grundgehaltssätze (Bundesbesoldungsordnungen A, B, W und R), die Beträge des Familienzuschlages nach Anlage V, die Amtszulagen sowie die allgemeine Stellenzulage in Anlage IX, die in Anlage VIII ausgewiesenen Anwärtergrundbeträge sowie der Auslandzuschlag und der Auslandskinderzuschlag nach den Anlagen VIa bis VIi um 3,1 Prozent angehoben. Die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B wird als grundgehalterganzende Zulage in die Linearanpassung einbezogen.

Die Anwärtergrundbeträge erhöhen sich zum 1. Januar 2008 um einen Sockelbetrag von jeweils 20 Euro sowie um eine anschließende lineare Erhöhung um 3,1 Prozent (Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 Buchstabe b). Die gegenüber dem Tarifabschluss vom 31. März 2008 abweichende Erhöhung der Anwärterbezüge erfolgt zur Berücksichtigung struktureller Unterschiede zwischen dem tariflichen Ausbildungsentgelt und den beamtenrechtlichen Anwärterbezügen. Auszubildende erhalten ein nach Lehrjahren gestuftes einheitliches Ausbildungsentgelt, während die beamtenrechtlichen Anwärterbezüge an das Laufbahnsystem und das Eingangsamt anknüpfen, in das Anwärter nach dem Vorbereitungsdienst eintreten. Die inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses im Bereich der Anwärterbezüge ausschließlich durch Einbau eines Sockelfestbetrages würde vor allem Anwärter für den höheren Dienst benachteiligen. Mit dem im Gesetzentwurf gewählten Weg einer Sockelerhöhung um 20 Euro bei vollständiger Teilnahme der Anwärtergrundgehälter an den linearen Anpassungen der Dienstbezüge wird sichergestellt, dass insgesamt eine annähernd gleiche prozentuale Erhöhung der Anwärtergrundbeträge erfolgt. In der nominalen Gesamtentwicklung werden dadurch die Anwärtergrundbeträge mindestens entsprechend dem Tarifergebnis erhöht.

Zu Buchstabe b (Absatz 3 und 4)

Die in Absatz 3 durch das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798) bestimmte Erhöhung der Beträge des Auslandzuschlags sowie des Auslandskinderzuschlags ist in den Anlagen VIa bis VIi bereits berücksichtigt worden. Der Absatz kann daher entfallen.

Die Aufhebung des Absatzes 4 und des hierauf Bezug nehmenden Absatzes 2 Satz 2 zweiter Halbsatz ist eine Folgeänderung zur Kompetenzverlagerung durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034).

Zu Nummer 4 (§ 84)

Absatz 1 überträgt die Erhöhung der Grundgehaltssätze um den Sockelbetrag von 50 Euro entsprechend § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 auf die Grundgehaltssätze für zukünftig wegfallende Ämter.

Absatz 2 überträgt die lineare Erhöhung der Bezüge um 3,1 Prozent nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 auf weitere Bezüge.

Zu Nummer 5 (§ 86 – neu –)

Die Neuregelung zum Anwendungsbereich in den Ländern ist Folge der Aufhebung der Artikel 74a und 98 Abs. 3

Satz 2 des Grundgesetzes durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) und dient der Klarstellung. Das Bundesbesoldungsgesetz in der am 31. August 2006 (Tag vor Inkrafttreten der Grundgesetzesänderung) bestehenden Fassung gilt für die Länder vom 1. September 2006 an unter den sich aus Artikel 125a Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes ergebenden Voraussetzungen als Bundesrecht fort. Es kann durch Landesrecht ersetzt werden (Artikel 125a Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes).

Zu Nummer 6 (§ 48 Abs. 1 Satz 1 und § 73 Satz 1)

Mit der Kompetenzverlagerung im Bereich des Besoldungsrechts durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) ist das Zustimmungserfordernis des Bundesrates für besoldungsrechtliche Rechtsverordnungen entfallen. Um die Zustimmungsbedürftigkeit des Bundesrates im Zuge von Änderungen in der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte und der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung auszuschließen, ist der Wortlaut der Ermächtigungsnormen von § 48 Abs. 1 Satz 1 und § 73 Satz 1 entsprechend zu ändern.

Zu Nummer 7 (Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX)

Die Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX enthalten die zum 1. Januar 2008 angepassten Beträge.

Zu Artikel 2 (Weitere Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 14 Abs. 2)

Lineare Anpassung der ausgewiesenen Bezüge zum 1. Januar 2009 um 2,8 Prozent.

Hinsichtlich der Einbeziehung der Anwärtergrundbeträge in die lineare Erhöhung wird auf die Begründung zu Artikel 1 Nr. 3 Buchstabe a Bezug genommen.

Zu Nummer 2 (§ 84)

Folgeänderung zur Änderung des § 14 Abs. 2 durch Nummer 1.

Zu Nummer 3 (§ 85)

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt den Empfängerkreis, den Bezugsmonat, die Höhe und die Voraussetzung der einmaligen Zahlung. Entscheidend ist, dass an mindestens einem Tag im Monat Januar 2009 ein Anspruch auf Dienstbezüge besteht.

Zu Absatz 2

Absatz 2 legt fest, dass bei Teilzeitbeschäftigung oder begrenzter Dienstfähigkeit die einmalige Zahlung anteilig, entsprechend dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit, zusteht. Maßgeblich für die Berechnung der anteiligen einmaligen Zahlung sind die am 1. Januar 2009 vorliegenden Verhältnisse.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass die einmalige Zahlung bei sonstigen Besoldungsleistungen des Bundes unberücksichtigt bleibt. Sie wird z. B. weder auf Ausgleichszulagen angerechnet noch bei der Sonderzahlung nach dem Bundessonderzahlungsgesetz berücksichtigt. Die Durchführung eines Kaufkraftausgleichs auf die einmalige Zahlung ist ebenfalls ausgeschlossen. Satz 2 bestimmt, dass bei der Berechnung des Altersteilzeitzuschlags die einmalige Zahlung zur Brutto- und Nettobesoldung im Sinne des § 2 Abs. 2 der Altersteilzeitzuschlagsverordnung gehört.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift enthält eine Konkurrenzvorschrift, durch die sichergestellt werden soll, dass die einmalige Zahlung jeder oder jedem Berechtigten im Bereich des Bundes nur einmal gewährt wird. Satz 2 soll verhindern, dass dem Absatz 1 entsprechende Leistungen, die aufgrund eines anderen Rechtsverhältnisses im öffentlichen Dienst des Bundes durch den Bund gewährt werden, zu einer weiteren Zahlung führt.

Zu Nummer 4 (Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX)

Die Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX enthalten die zum 1. Januar 2009 angepassten Beträge. Sie ersetzen die entsprechenden Anlagen nach Artikel 1 Nr. 7.

Zu Artikel 3 (Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Überschrift)

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 2 (Inhaltsübersicht)

Redaktionelle Änderungen.

Zu Nummer 3 (§ 1)

Durch die Aufhebung des Artikels 74a des Grundgesetzes ist die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten sowie der Richter der Länder entfallen. Aufgrund der Übergangsregelung in Artikel 125a Abs. 1 des Grundgesetzes gilt das durch den Bund erlassene Beamtenversorgungsgesetz fort, kann aber in Bezug auf die Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten sowie der Richter der Länder nur durch neues Landesrecht und in Bezug auf die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes nur durch neues Bundesrecht fortentwickelt werden. Dem trägt die Änderung des persönlichen Anwendungsbereichs des Beamtenversorgungsgesetzes Rechnung. Das Beamtenversorgungsgesetz als Bundesrecht wird fortgeschrieben. Die neuen Regelungen gelten allerdings nur noch für Beamte und Richter des Bundes.

Zu Nummer 4 (§ 71)

Mit den Regelungen des § 71 werden die Änderungen der besoldungsrechtlichen Vorschriften des § 14 Abs. 2 und des § 84 des Bundesbesoldungsgesetzes durch Artikel 1 Nr. 3 und 4 dieses Gesetzes nach den Maßgaben des § 70 nachvollzogen.

Absatz 1 überträgt die besoldungsrechtliche Erhöhung der Grundgehaltssätze ab 1. Januar 2008 nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1des Bundesbesoldungsgesetzes auf die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 sowie in § 84 Abs. 1 des Bundesbesol-

dungsgesetzes genannten Versorgungsbezüge der Versorgungsempfänger des Bundes.

Mit Absatz 2 wird aufbauend auf der Erhöhung nach Absatz 1 die lineare Besoldungserhöhung ab 1. Januar 2008 nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften des § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 und des § 84 Abs. 2 Nr. 3 und 4 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung des Artikels 1 dieses Gesetzes nach § 70 auf die Versorgungsempfänger des Bundes übertragen.

Mit Absatz 3 wird auch für die Versorgungsempfänger des Bundes, deren Versorgungsbezüge nicht unter Einbeziehung des Ortszuschlags nach dem bis zum Tag vor Inkrafttreten der Dienstrechtsreform 1997 geltenden Bundesbesoldungsgesetz berechnet sind, die besoldungsrechtliche Erhöhung der Grundgehaltssätze ab 1. Januar 2008 übernommen, sofern auch der Versorgungsfall vor Inkrafttreten der Dienstrechtsreform 1997 eingetreten ist.

Aufbauend auf Absatz 3 bestimmt Absatz 4, dass die genannten Versorgungsbezüge – entsprechend früheren Anpassungsgesetzen – um den durchschnittlichen Prozentsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge angehoben werden.

Absatz 5 beinhaltet Sonderregelungen für Versorgungsempfänger des Bundes, deren Versorgungsbezügen zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand keine allgemeine Stellenzulage zugrunde lag.

Absatz 6 bestimmt, dass jeder der beiden zum 1. Januar 2008 erfolgenden Erhöhungsschritte (zunächst Erhöhung des Grundgehaltes um einen Sockelbetrag von 50 Euro; anschließend allgemeine lineare Erhöhung um 3,1 Prozent) eine Abflachung nach § 69e auslöst. Regelungstechnisch und zur Erleichterung der zahlungstechnischen Abwicklung erfolgt dies dadurch, dass die der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde liegenden Dienstbezüge, wie sie sich im Ergebnis aufgrund beider Erhöhungsschritte ergeben, durch den fünften Anpassungsfaktor (0,97292) vermindert werden. Die ersten drei Anpassungsfaktoren waren bereits im Rahmen der Versorgungsanpassung 2003/2004 zur Anwendung gekommen.

Zu Nummer 5 (§§ 72 und 73)

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 6 (§ 107a)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung in Nummer 3.

Zu Nummer 7 (§ 108)

Die neu in das Beamtenversorgungsgesetz eingefügte Regelung ist bedingt durch die Aufhebung des Artikels 74a des Grundgesetzes, durch die die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten sowie der Richter der Länder entfallen ist. Sie dient der Klarstellung. Nach der Übergangsregelung des Artikels 125a Abs. 1 des Grundgesetzes gilt das Beamtenversorgungsgesetz in der am 31. August 2006 (Tag vor dem Inkrafttreten der Grundgesetzesänderung) geltenden Fassung als Bundesrecht fort. Es kann durch Landesrecht ersetzt werden.

Zu Artikel 4 (Weitere Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Redaktionelle Änderungen.

Zu Nummer 2 (§ 71)

Mit den Regelungen des § 71 werden die Änderungen der besoldungsrechtlichen Vorschriften des § 14 Abs. 2 und des § 84 Nr. 3 und 4 des Bundesbesoldungsgesetzes durch Artikel 2 Nr. 1 und 2 dieses Gesetzes nach den Maßgaben des § 70 nachvollzogen. Die lineare Erhöhung zum 1. Januar 2009 wird durch den sechsten Anpassungsfaktor nach § 69e Abs. 3 vermindert. Einer besonderen gesetzlichen Regelung bedarf es hierzu nicht, weil sich dies bereits unmittelbar aus § 69e Abs. 3 ergibt.

Absatz 1 überträgt für die Versorgungsempfänger des Bundes die lineare Besoldungserhöhung ab 1. Januar 2009 nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften aufgrund des § 70 auf die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 genannten Bezügebestandteile sowie die in § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 84 Nr. 3 und 4 des Bundesbesoldungsgesetzes genannten Bezüge.

Die unter Absatz 2 fallenden Versorgungsbezüge werden ständiger Praxis folgend um den durchschnittlichen Prozentsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge angehoben.

Absatz 3 beinhaltet Sonderregelungen für Versorgungsempfänger des Bundes, deren Versorgungsbezügen zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand keine allgemeine Stellenzulage zugrunde lag.

Zu Nummer 3 (§ 72 – neu –)

Entsprechend den Regelungen in Artikel 2 Nr. 3 (§ 85 des Bundesbesoldungsgesetzes) regelt Absatz 1 die einmalige Zahlung für Empfänger von Versorgungsbezügen nach Maßgabe des jeweiligen Ruhegehalts- und Anteilssatzes.

Für den in Absatz 2 genannten Personenkreis gelten pauschalierende Regelungen für die einmalige Zahlung.

Absatz 3 regelt ergänzende Klarstellungen insbesondere im Hinblick auf Empfänger von Mindestversorgung.

Die Absätze 4 bis 7 stellen sicher, dass die einmalige Zahlung jedem Berechtigten nur einmal gewährt wird.

Zu Artikel 5 (Änderung des Gesetzes über die Nichtanpassung von Amtsgehalt und Ortszuschlag der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre in den Jahren 1992 bis 1994)

Die Ergänzung stellt sicher, dass auch für die Versorgungsbezüge derjenigen Versorgungsempfänger aus einem Amtsverhältnis als Mitglied der Bundesregierung oder Parlamentarischer Staatssekretär, die von der Erhöhung um den Sockelbetrag nach Artikel 1 Nr. 3 Buchstabe a ausgenommen sind, die Abflachungsschritte der allgemeinen Versorgungsbezüge erfolgen wie für Versorgungsempfänger nach dem Beamtenversorgungsgesetz.

Zu Artikel 6 (Änderung des Soldatengesetzes)

Die Änderung stellt sicher, dass Sanitätsoffiziersanwärter mit Anspruch auf Ausbildungsgeld Einmalzahlungen im Rahmen von Besoldungsanpassungen nach dem Bundesbesoldungsgesetz erhalten. Die Regelung knüpft damit an die Regelung des § 85 des Bundesbesoldungsgesetzes an.

Zu Artikel 7 (Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu den Änderungen des Beamtenversorgungsgesetzes in Artikel 3 dieses Gesetzes. Durch die Bezugnahme auf § 71 des Beamtenversorgungsgesetzes wird sichergestellt, dass die Versorgungsanpassungen auch im Soldatenversorgungsgesetz zeitgerecht umgesetzt werden.

Zu Artikel 8 (Weitere Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu den Änderungen des Beamtenversorgungsgesetzes in Artikel 4 dieses Gesetzes.

Zu Artikel 9 (Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte)

Zu Nummer 1 (§ 1)

Die Regelung stellt – nach der Kompetenzverlagerung durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) – klar, dass die Anwendung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte auf den Bundesbereich beschränkt ist.

Zu Nummer 2 (§ 4)

Die lineare Erhöhung der Bezüge um 3,1 Prozent ab 1. Januar 2008 nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes wird auf die Mehrarbeitsvergütung übertragen.

Zu Artikel 10 (Weitere Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte)

Die lineare Erhöhung der Bezüge um 2,8 Prozent ab 1. Januar 2009 nach § 14 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes wird auf die Mehrarbeitsvergütung übertragen.

Zu Artikel 11 (Änderung der Erschwerniszulagenverordnung)

Zu Nummer 1 (§ 4 Abs.1)

Übertragung des Tarifergebnisses auf die vergleichbare Zulage (für Dienst zu ungünstigen Zeiten) im Besoldungsbereich. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und entsprechend der Vorgehensweise beim Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798) erfolgt die Anpassung insoweit in einem Schritt.

Zu Nummer 2 (§ 8)

Übertragung des Tarifergebnisses auf die vergleichbare Zulage (Taucherzulage) im Besoldungsbereich. Die Zulage wurde zuletzt im Rahmen des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2000 vom 19. April 2001 (BGBl. I S. 618) mit Wirkung vom 1. Januar 2001 erhöht. Die jetzige Anpassung berücksichtigt die seitdem erfolgten linearen Erhöhungen, die für diese Zulage – entsprechend der Regelung für Tarifbeschäftigte – bisher nicht übernommen wurden. Die Erhöhung ab 1. Januar 2009 entspricht der Erhöhung im Tarifbereich.

Zu Nummer 3 (§ 17)

Übertragung des Tarifergebnisses auf die vergleichbare Zulage (für die Pflege Schwerbrandverletzter) im Besoldungsbereich. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und entsprechend der Vorgehensweise beim Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798) erfolgt die Anpassung insoweit in einem Schritt.

Zu Nummer 4 (§ 23 Abs. 1 Satz 2)

Übertragung des Tarifergebnisses auf die vergleichbare Zulage (für die Beseitigung von Kampfstoffmunition) im Besoldungsbereich. Die Zulage wurde zuletzt im Rahmen des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2000 vom 19. April 2001 (BGBl. I S. 618) mit Wirkung vom 1. Januar 2001 erhöht. Die jetzige Anpassung berücksichtigt die seitdem erfolgten linearen Erhöhungen, die für diese Zulage – entsprechend der Regelung für Tarifbeschäftigte – bisher nicht übernommen wurden. Die Erhöhung ab 1. Januar 2009 entspricht der Erhöhung im Tarifbereich.

Zu Artikel 12 (Änderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung)

Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses vom 31. März 2008 zur weiteren Angleichung des Bemessungssatzes Ost. Die Regelung gilt ausschließlich für den Bereich des Bundes.

Für (Bundes-)Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen A 2 bis A 9 ist die Regelung zum Bemessungssatz (§ 2 Abs. 1) bereits seit dem 1. Januar 2008 nicht mehr anzuwenden (§ 12 Abs. 2).

Zu Artikel 13 (Änderung des Abgeordnetengesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 11 Abs. 1 Satz 2)

Infolge der Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes in den Artikeln 1 und 2 dieses Gesetzes erhöht sich die Abgeordnetenentschädigung, die sich an der jeweiligen Höhe der Besoldungsgruppen R 6 und B 6 orientiert, auf der Grundlage des 27. Änderungsgesetzes vom 22. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3212) zum 1. Januar 2009 um 278 Euro (3,63 vom Hundert) und zum 1. Januar 2010 um 213 Euro (2,68 vom Hundert) und damit im Vergleich zur Orientierungsgröße jeweils mit einjähriger Verzögerung.

Zu Nummer 2 (§ 35a Abs. 2 Satz 3)

Der fiktive Bemessungsbetrag für die Altersentschädigung nach dem bis zum 22. Dezember 1995 geltenden Recht wird

zum 1. Januar 2009 um 50 Euro und der so erhöhte Betrag um 3,1 vom Hundert angehoben. Auf der Grundlage des 27. Änderungsgesetzes erhöht er sich damit zum 1. Januar 2009 um 255 Euro. Zum 1. Januar 2010 steigt der Bemessungsbetrag um 2,8 vom Hundert (191 Euro).

Zu Nummer 3 (§ 35b Abs. 2 Satz 2)

Der fiktive Bemessungsbetrag für die Altersentschädigung nach dem ab dem 22. Dezember 1995 geltenden Recht wird ebenfalls zum 1. Januar 2009 um 50 Euro und der so erhöhte Betrag um ebenfalls 3,1 vom Hundert angehoben. Auf der Grundlage des 27. Änderungsgesetzes erhöht er sich damit zum 1. Januar 2009 um 279 Euro. Zum 1. Januar 2010 steigt der Bemessungsbetrag um 2,8 vom Hundert (214 Euro).

Zu Artikel 14 (Neufassungen)

Ermächtigung zur Neubekanntmachung des Bundesbesoldungsgesetzes, des Beamtenversorgungsgesetzes, des Soldatenversorgungsgesetzes, der Erschwerniszulagenverordnung und der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte.

Zu Artikel 15 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das unterschiedliche Inkrafttreten der einzelnen Artikel.

VI. Kosten

1. Der Gesetzentwurf führt in den Jahren 2008 und 2009 zu nachstehenden Mehrausgaben für den Bundeshaushalt (ohne Bahn und Post):

	Kosten
	Haushaltsjahr 2008
1.1 Sockelbetrag Besoldungsempfänger	195 Mio. Euro
1.2 Sockelbetrag Versorgungsempfänger	85 Mio. Euro
1.3 Besoldungsanpassung	330 Mio. Euro
1.4 Versorgungsanpassung	149 Mio. Euro
1.5 Bemessungssatz Ost	12 Mio. Euro
1.6 Versorgungsrücklage*)	24 Mio. Euro
Kosten 2008	795 Mio. Euro
	Haushaltsjahr 2009
1.1 Sockelbetrag Besoldungsempfänger	195 Mio. Euro
1.2 Sockelbetrag Versorgungsempfänger	85 Mio. Euro
1.3 Einmalzahlung Besoldungsempfänger	71 Mio. Euro
1.4 Einmalzahlung Versorgungsempfänger	32 Mio. Euro
1.5 Besoldungsanpassung	637 Mio. Euro
1.6 Versorgungsanpassung	284 Mio. Euro
1.7 Bemessungssatz Ost	15 Mio. Euro
1.8 Versorgungsrücklage*)	40 Mio. Euro
1.9 Abgeordnetenentschädigung**)	3 Mio. Euro
Kosten 2009	1 362 Mio. Euro

*) Entsprechend § 14a Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020).

**) Für die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung entstehen bis zum Jahresende 2010 weitere Kosten von rund 2 Mio. Euro.

Die im Haushaltsjahr 2008 anfallenden Mehrausgaben können nach derzeitiger Einschätzung – auch unter Einbeziehung der finanziellen Mehrbelastungen aus dem Tarifabschluss für das laufende Jahr – unter Berücksichtigung der im Haushaltsplan 2008 im Einzelplan 60 etatisierten Personalverstärkungsmittel und gegebenen Deckungsmöglichkeiten aus den zur Verfügung stehenden Haushaltsansätzen erwirtschaftet werden.

Die finanziellen Mehrbelastungen für das Haushaltsjahr 2009 und die folgenden Haushaltsjahre werden im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts 2009 und der Fortschreibung des Finanzplans 2008 bis 2012 zu berücksichtigen sein.

Der Versorgungsrücklage des Bundes werden dabei durch die weiteren drei Abflachungsschritte bis zum Jahresende 2009 zusätzlich rund 64 Mio. Euro zugeführt. Unabhängig davon sind aufgrund der Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetze 1999 und 2000 weitere Zuführungen zu leisten. Die seinerzeit vorgenommenen Verminderungen von insgesamt 0,6 Prozentpunkten wirken fort.

2. Preiswirkungsklausel

Die vorgesehenen Einkommensanhebungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben, die Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, haben könnten.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal nicht benötigt.

Für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine zusätzlichen Kosten.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333